

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 1

Februar 1973

9. Jahrgang

2.452-4387

In diesem Heft:

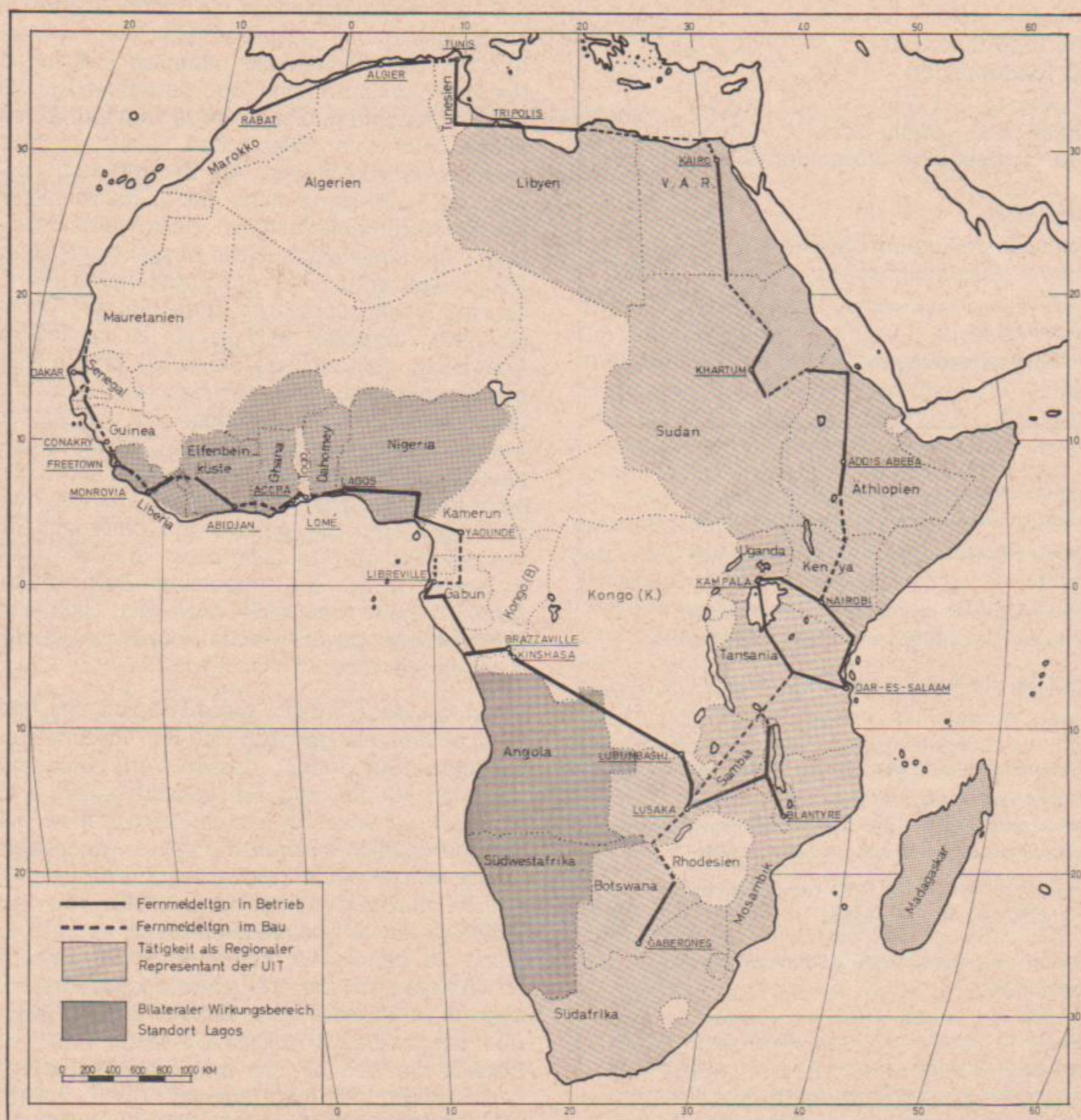
Jürgen Wehran: **Zur Lage**

Hertwig Bender: **Afrikanische Erfahrungen im Dienste der Entwicklungshilfe**

Arbeitsgruppe Besoldung: **Zahlen zur Besoldungsnivellierung**

Dieter Elias: **Der Computer in der Fernmeldeverwaltung**

Paul Ziemann: **Mit der FEFAS zu Gast in den Niederlanden**



Karte über sieben Jahre Tätigkeit in Afrika
(zum Aufsatz Hertwig Bender)

H 1284/30

Inhalt

Jürgen Wehran Zur Lage	2
Hertwig Bender Afrikanische Erfahrungen im Dienste der Entwicklungshilfe	3
Aus der Arbeit der Arbeitsgruppe Besoldung	14
OPR Schubert „Funktionsgruppenbildung“ und Bewertung der AV-Dp der FZÄ	17
Neues von der FEFAS	17
Dipl.-Ing. Dieter Elias Der Computer in der Fernmeldeverwaltung	18
Paul Ziemann Mit der FEFAS zu Gast in den Niederlanden	23
Flugreise nach Südamerika vom 13. Oktober bis 4. November 1973	27
Dipl.-Ing. Liebe Gesichtspunkte für eine zukunfts- orientierte Besoldungspolitik	27
Dr. Wilhelm Fenge Personalveränderungen	28

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (05 31) 4 45 11-12

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Koblenz.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 7385434.

Einzelheft: für Mitglieder 0,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
Braunschweig.
Anzeigenpreissliste 1 – Familienanzeigen dreigespalten,
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 200888.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig,
Postfach 11 43.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche
Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der
Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses aus-
drücklich erwähnt.

Zur Lage

Von Jürgen Wehran

Für den Vorsitzenden der Vereinigung der höheren Postbeamten ist es verlockend, seinen Kommentar „Zur Lage“ in diesen Tagen mit den Worten „Na endlich“ zu beginnen. In diesen Wochen sind nämlich der Standpunkt unserer Vereinigung und das Thema, das wir seit Jahr und Tag bei allen Gelegenheiten, sei es in der Presse, sei es im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten oder sei es bei Unterhaltungen mit Gewerkschaftlern aus voller Überzeugung vorgebracht haben und bei dem wir uns auch nicht gescheut haben, uns unbeliebt zu machen, endlich in der öffentlichen Diskussion aufgegriffen und nun auch vom Bundesminister des Innern als richtig bestätigt worden. Ich spreche hier von dem Problem der Nivellierung der Gehälter im öffentlichen Dienst. Selbst wenn Friedrich Gerhard Fromme in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 1973 in diesem Punkt auch von Genschers Niederlage in den Tarifverhandlungen schreibt, so sollten wir uns hierdurch nicht entmutigen lassen, sondern auf der anderen Seite mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß die Bewußtseinsbildung nach unserer Überzeugung immerhin schon so weit fortgeschritten ist, daß der Beamtenminister öffentlich und mit breiter Resonanz erklären kann, daß Sockelbeträge nivellierend wirken und in einem klaren Widerspruch zu dem allseits für den öffentlichen Dienst geforderten Leistungsprinzip stehen. Auf der gleichen Linie bewegt sich übrigens auch der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Wertz, der gegenüber dem Handelsblatt (siehe Ausgabe vom 29. Januar 1973) sogar erklärt hat, der Sockelbetrag führe nicht zu einer sozial gerechten Verteilung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Und ferner ist schließlich von Bedeutung, daß auch die Publizistik diesen Gesichtspunkt mehr und mehr aufgreift, wie die vielen zustimmenden Kommentierungen in der Presse bezeugen. Interessant ist ferner, daß offensichtlich auch die Gewerkschaften sich mit diesem Gesichtspunkt mehr und mehr auseinandersetzen müssen, denn wie man hört, fand der gefundene Kompromiß in dem Lohnkonflikt der Metallindustrie im Rheinland auch deswegen nicht die ungeteilte Zustimmung der Arbeiterschaft, weil sich auch hier qualifiziertere Arbeitnehmer gegen gleiche Lohnzuschläge für alle zur Wehr setzten.

Seien wir doch ehrlich, wer hätte von uns noch vor etwa einem Jahr gedacht, daß der von uns zu Recht vertretene Standpunkt, dessen Verbreitung wir uns mit allen Mitteln zum Ziel gesetzt hatten, und den wir auch auf unserem letzten Jahrestreffen in Berlin fast überdeutlich vor breitem Publikum ausgesprochen haben, sich so schnell verbreiten und vor allen Dingen in der Publizistik und bei der Exekutive Anerkennung finden würde. Wir haben allen Anlaß, darüber Genugtuung zu empfinden, selbst wenn im Moment die Ergebnisse der Tarif- bzw. Besoldungsverhandlungen noch nicht so aussehen, wie wir es uns wünschen. Aber ich glaube, wir sollten alle sehen, daß in diesem Bereich die Zeit für uns arbeitet und das von uns entscheidend mit aufgeworfene Thema nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird. Es liegt mit an uns, und zwar an jedem einzelnen von uns, gleichgültig wo er steht, nunmehr die geschlagene

Bresche noch weiter zu öffnen bis die nivellierenden Tendenzen im Besoldungsbereich zum Stillstand gekommen sind. Eines kann jedenfalls nicht mehr passieren, daß man unsere Argumente einfach vom Tisch fegt mit dem Hinweis, sie seien utopisch, paßten nicht in die Zeit und seien weder sachlich fundiert noch vernünftig vertretbar. Stellen wir also weiterhin unsere kritischen Fragen zum Thema Nivellierung und Leistungsprinzip, und zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Ich glaube, daß auch die Frage nach der Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang ein Argument ist, das für uns spricht.

Ein anderes interessantes Thema, das uns in Zukunft sicherlich mehr und mehr beschäftigen wird, ist die Frage des Bedarfs und der Einstellungsquoten für den höheren Dienst speziell im DP-Bereich. Zu diesem Punkt wird an anderer Stelle dieser Ausgabe des Nachrichtenblattes eingehender berichtet. Das Ergebnis unserer Untersuchungen und Nachforschungen, die auf sehr ernstzunehmenden Unterlagen beruhen, ist wohl mehr als besorgniserregend, ja geradezu kritisch zu nennen.

Wir werden uns also darauf einzurichten haben, daß schon in naher absehbarer Zukunft auf jeden frei-

werdenden DP ungefähr sechs akademische Einstiegsbewerber dringend warten werden. Welche Brisanz in einer derartigen Situation liegt, kann man sich leicht ausmalen, wenn man an die Ausweitung der dreijährigen Studiengänge denkt, und auch noch die Wünsche nach einer Vermehrung des Aufstiegs sieht. Es erscheint dann gar nicht mehr so wirklichkeitsfremd, wenn als Lösungsmöglichkeit eine „Akademisierung“ solcher Bereiche vorgeschlagen wird, die bisher dem gehobenen Dienst vorbehalten sind.

Wenn uns auch im Augenblick die aufgezeigte Situation gar nicht wirklich erscheint, so dürfen wir bei unseren Überlegungen über das künftige Berufsbild des höheren Dienstes in seiner Gesamtheit die uns nunmehr bekanntgewordenen Prognosen nicht außer acht lassen. Viele Probleme, sowohl im organisatorischen als auch im personellen Bereich werden zweifellos anders aussehen und anders zu beurteilen sein, wenn die dargelegte Entwicklung so wie aufgezeigt eintreten sollte. Die verschiedenen Arbeitsgruppen unserer Vereinigung der höheren Postbeamten werden das Problem weiterverfolgen, und wir werden dazu beizutragen haben, daß alle Stellen der Verwaltung bei ihren Überlegungen die erwähnten Prognosen gebührend in Rechnung stellen.

Afrikanische Erfahrungen im Dienste der Entwicklungshilfe

Von Hertwig Bender

Einige Jahre im überseeischen Ausland in seinem Fach tätig zu sein – auch das ist eine berufliche Sicht, aus der man den höheren Dienst bei der DBP betrachten kann. Meist – aber nicht ausschließlich – handelt es sich dabei um eine Tätigkeit in Entwicklungsländern, und übrigens hat es sich gerade in den letzten Jahren auch herausgestellt, daß man nicht „unbedingt der Fachrichtung F“ angehören muß, um einen Auftrag in der Entwicklungshilfe übernehmen zu können, vielmehr ist auch unsere Erfahrung im Postfachwesen und den Postbankdiensten mehr und mehr gefragt.

Im Augenblick findet man leider noch nicht viele Angehörige des höheren Dienstes, die während einer größeren Zahl von Jahren und in mehreren Entwicklungsländern tätig gewesen sind. Bei mir selbst kam es während sieben Jahren der Entwicklungshilfe auf 26 Staaten des afrikanischen Kontinents, die ich besuchte, und fast in allen diesen Ländern hatte ich dienstliche Aufträge zu bearbeiten.

Während dieser Tätigkeit bin ich von unserem Ministerium laufend betreut worden, und besonders während der letzten Jahre geschah dies auch von meiner Heimat-OPD wie auch von der Hauptabt. B des FTZ in intensiver und ermutigender Weise. In diesem Zusammenhang habe ich aber auch erfahren, daß mein Echo auf diese Bemühungen in Form gelegentlicher Berichte, die ich über meinen Alltag an die Heimat-OPD sandte, dort irgendwie interessant gefunden wurden. Dies vor allem gibt mir den Mut, auch in diesen Blättern über einen kleinen Ausschnitt aus meinen persönlichen Erfahrungen in Afrika zu berichten.

Der Start

Wie kam es eigentlich zu meinem ersten Auftrag für die Entwicklungshilfe in Afrika? Etwa seit dem Jahre 1960 konnte man in der Presse mehr und mehr über einen außergewöhnlichen Vorgang in Afrika lesen, nämlich davon, daß die ehemaligen Kolonialmächte einem afrikanischen Land nach dem anderen die Unabhängigkeit gaben, und man erfuhr auch einiges darüber, welche Probleme sich dabei in den jungen freien Staaten ergaben. Dies führte bei mir zu dem lebhaften Gefühl einer Verpflichtung, diesen Ländern mit meinen Erfahrungen zu helfen, ihren Weg in der gerade gewonnenen Unabhängigkeit besser zu gehen, und sei mein persönlicher Beitrag dazu auch sehr klein. So bewarb ich mich um Stellen in der Entwicklungshilfe, wie sie hauptsächlich von der UIT/ITU*) oder auch von unserem Ministerium selbst ausgeschrieben wurden. Ich hatte damals nur eine nebelhafte Vorstellung von der Art, mit der bei der UIT solche Ausschreibungen bearbeitet werden, und das war u. a. ein Grund dafür, daß eine ganze Anzahl von meinen Bewerbungen erfolglos blieb. Auch spielte der Umstand eine Rolle, daß meine damaligen Vorgesetzten ihre Stellungnahmen zu meinen Gesuchen stets mit dem bekannten Passus begleiteten: „Kann nur bei Stellung eines gleichwertigen Ersatzes abgegeben werden.“ Mehr als 15 Monate hindurch war mir daher kein Erfolg beschieden, bis sich plötzlich eine besondere Konstellation auf mich günstig auswirkte: Nigeria, der volkreichste Staat des Kontinents an Afrikas Westküste (damals rund 50 Millionen Ein-

*) UIT = Union Internationale des Télécommunications bzw. ITU = International Telecommunication Union

HESSISCHES
STAATSARCHIV
DARMSTADT

2.B. 583/1985-

wohner), war im Oktober 1960 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen worden, und als Folge hatte es sich ergeben, daß viele englische Beamte ihre Dienstverträge dort nicht mehr verlängern wollten. Sie empfanden es als zu schwierig, nun plötzlich unter solchen nigerianischen Vorgesetzten arbeiten zu müssen, die bis vor kurzem von ihnen selbst aus kleinsten Stellungen heraus herangebildet worden waren.

So kam es, daß durch den Auszug der Engländer auch im Post- und Fernmeldewesen ein erheblicher Schwund an Fachkräften eintrat, durch den die Aufrechterhaltung der bestehenden Dienste ernstlich gefährdet wurde, ganz abgesehen von deren Weiterentwicklung. Der erste nigerianische „Minister of Communications“, der Abgeordnete des Bundsparlaments und Rechtsanwalt Olu Akinfosile, begab sich daher gegen Ende 1961 auf eine Tour durch Europa zur Anwerbung von neuem Personal. Er sprach dabei auch in Bonn vor und schilderte in unserem Ministerium die gefährliche Personalentwicklung, als deren Folge er einen regelrechten Kollaps des Post- und besonders des Fernmeldewesens befürchtete. Gefragt, wieviel Beamte des höheren und gehobenen Dienstes aus der Bundesrepublik er wohl benötigen würde, gab er diese Zahl mit etwa 70 bis 100 Kräften an; diese Schätzung war, wie ich später feststellen konnte, durchaus nicht unrealistisch, denn der Abgang von rund 300 fernmeldetechnischen englischen Beamten stand in Aussicht (es steht auf einem anderen Blatt, daß die englische Regierung später einen Teil dieser Kräfte doch zur Verlängerung ihres Aufenthaltes bewegen konnte). Unser damals zuständiger Staatssekretär versprach dem nigerianischen Minister Hilfe, wenn auch in sehr begrenztem Umfang, dafür aber mit allem Engagement, so daß beschlossen wurde, möglichst bald wenigstens eine Gruppe von sieben Beamten (d. h. also etwa ein Zehntel der erbetenen Kräftezahl) nach Nigeria zu entsenden. Als ich in diesem Zusammenhang gefragt wurde, ob ich auch nach Nigeria gehen würde, erklärte ich mich dazu bereit, obgleich ich gelesen hatte, daß die Engländer lange Zeit hindurch die Küste Nigerias und besonders dessen Hauptstadt Lagos als das „Grab des weißen Mannes“ bezeichnet hatten, u. a. deshalb, weil noch in diesem Jahrhundert die englische Krone gezwungen war, fast in jedem Jahr einen neuen Konsul bzw. später „High Com-

missioner“ nach Lagos zu entsenden, weil der jeweilige Vorgänger nach kurzer Amtszeit entweder gestorben oder doch lebensgefährlich erkrankt war.

Die Ausreise

Unsere Gruppe, die sich aus sieben Beamten der Fachrichtung Ft, nämlich zwei Angehörigen der DFT-Laufbahn, drei CFT- und zwei BFT-Beamten zusammensetzte, reiste Anfang April 1962 mit einem Schiff der Woermann-Linie aus Hamburg ab. Dieses für die Mitnahme von zwölf Passagieren eingerichtete 6000-Tonnen-Frachtschiff brauchte mehr als drei Wochen, bis es nach verschiedenem Halten in anderen westafrikanischen Häfen auf der Außenreederei von Lagos vor Anker ging. Hier schaukelten wir mehr als 24 Stunden in der lebhaften Dünung des Atlantik und bei bemerkenswerter Hitze herum, vor der wir uns allerdings jetzt noch in unsere klimatisierten Kabinen flüchten konnten. Danach dauerte es noch rund zwei Stunden, bis wir etwa zur Zeit des ersten Frühstücks an den Kai von Apapa gingen, der Hafenvorstadt von Lagos, die gegenüber dem Kern der eigentlichen Hauptstadt an derselben Lagune liegt. Noch beim Frühstück wurde ein Beamter der nigerianischen P & T gemeldet, der den Auftrag hatte, uns bei der Ausschiffung und den ersten Schritten ins Land behilflich zu sein. Wie alle Beamte und ein großer Teil der gesamten Bevölkerung Nigerias sprach er fließend Englisch, allerdings mit der typisch westafrikanischen Aussprache, die uns in der ersten Zeit noch öfter Schwierigkeiten bereiten sollte.

Zunächst ging es dann an das Ausladen unserer zahlreichen Gepäckstücke und deren Verladen auf einen Lastwagen der nigerianischen P & T. Dabei machten wir sogleich eine Erfahrung, deren positiver Charakter uns noch lange im Lande begleiten sollte: Die Dockarbeiter sahen nämlich anfangs dem Ausladen des Gepäcks recht passiv zu und schienen die Chance nicht so schnell verschenken zu wollen, die in der Einkassierung eines erheblichen Trinkgeldes von den offensichtlich unerfahrenen Weißen lag. Unsere Gepäckstücke begannen sich daher am Kai zwischen Schiff und Lastwagen zu häufen, ohne daß irgend jemand Miene machte, sie auf den wartenden Lastwagen zu verladen. Da trat unser nigerianischer Führer dazwischen und sagte zu den Dockarbeitern verschiedene aufmunternde Worte, vor allem aber



Unsere Heimat für 22 Tage
vom 7. bis 29. April 1962

Gemeinsam fällt so manches leichter



Gemeinsam lassen sich alle „gewichtigen Probleme“ leichter lösen. Ob es sich um die Erforschung neuer Bauelemente, die Entwicklung eines elektronisch gesteuerten Vermittlungssystems oder um die technischen Voraussetzungen für den transatlantischen Telefon-Selbstwähldienst handelt. Und deshalb ist es gut, daß zwei so eng zusammenarbeiten: Siemens und die Deutsche Bundespost. Die Erfolge der letzten 50 Jahre beweisen es.

Siemens und die Bundespost – zwei gute Partner

„Not in our country!“. – Eine sehr gastfreundliche Haltung und die sich daraus ergebende Ablehnung der Trinkgeld-Erpressung von Fremden bei gleichzeitigem Stolz auf das eigene Land waren es, die wir in Nigeria während unseres vierjährigen Aufenthaltes so oft beobachten konnten, sie sollte uns – verbunden mit dem grundsätzlich fröhlichen Charakter der Völker in diesem Land – vielfach helfen, über allerlei Schwierigkeiten hinweg zu kommen.

Erste Tage im tropischen Klima

Während der ersten Wochen waren wir im Ikoyi-Hotel untergebracht, dessen Name sich von dem des Wohn-Vorortes ableitet, den sich hauptsächlich die englischen Beamten und Geschäftsleute auf einer Insel geschaffen haben, die von der Hauptinsel mit dem Kern von Lagos nur wenig getrennt ist. Damals gab es noch nicht das heute so moderne Ikoyi-Hotel mit sieben Stockwerken, gepflegten Speise- und Aufenthaltsräumen, Lifts und einem Schwimmbad, in dem sich jetzt jeder Reisende wohlfühlen und von dem anstrengenden Klima erholen kann, sondern die Fremdenzimmer waren noch auf einige einstöckige, in traditionellem Kolonialstil erbaute, recht einfach gehaltene Gebäude verteilt, während der Speiseraum und eine kleine Bar in einer großen, hölzernen Baracke untergebracht waren. Der „Hotel-Friseur“ z. B. hatte seine Geschäftsräume in einer einfachen Holzbude, wie sie bei uns nur noch in alten Schrebergärten zu finden ist.

Aus dieser Zeit unserer ersten „Gehversuche“ im tropische Westafrika will ich nur kurz erwähnen, daß der Weg vom Wohngebäude zum Speiseraum jedesmal mit dem Gefühl einer Art von „Schlag vor den Kopf“ begann, den man empfindet, wenn die Klimaanlage im Zimmer auf etwa + 22 bis 24° C eingestellt ist und man in die glühende tropische Sonne hinaustritt. Der Jahresmittelwert der Temperatur in Lagos liegt ja bei + 33°, und das bedeutet, daß – mit Ausnahme des Höhepunkts der Regenzeit – in den Tagesstunden in der Sonne Temperaturen zwischen 40 und 50° herrschen, und dazu kommt noch der schwer zu verkraftende Einfluß der hohen relativen Luftfeuchtigkeit, die meist zwischen 90 und 100 % schwankt, 80 % fast niemals unterschreitet, oft aber bei 100 % „festgenagelt“ erscheint. – Mein Zimmer war, wie fast jedes andere, mit einem Bad verbunden, und als ich diesen Raum zum ersten Mal betrat, war er mit vielen hundert Moskitos und zahlreichen anderen Insekten der verschiedensten Größe reich bevölkert. Ich rief daher den schwarzen Zimmer-Steward und bat um Abhilfe; er versprach dies auch diensteifrig. Als ich nach Stunden wiederkam, war die Zahl der Insekten zwar spürbar kleiner geworden, aber noch immer gab es sicherlich an die hundert Moskitos; also beschwerte ich mich erneut bei diesem Mann, der aber hatte als Antwort nur die Bemerkung: „Ich kann sie doch nicht alle töten.“ An diese Sentenz mußte ich dann später noch oft denken, denn in einem Land mit solch heißem und feuchtem Klima zu arbeiten, heißt eben mit sich fruchtbar vermehrenden Insekten aller Art und Größe zu leben, und auch die Mauer-Geckos in den Zimmern sowie die abenteuerlich gefärbten großen Echsen an den Außenwänden der Häuser und im Garten zu respektieren, denn (siehe oben): „I can't kill them all.“

Über den Dienstbetrieb

Bei mir dauerte es gut zwei Monate, bis ich mich halbwegs an das Klima gewöhnt hatte. Es ist klar, daß wir in der Eingewöhnungszeit unseren Dienst nur unter besonderen Anstrengungen wahrnehmen konnten, denn z. B. unsere Diensträume im Gebäude des „Ministry of Communication“ waren nicht klimatisiert, vielmehr bestand der einzige Komfort in einem großen Deckenventilator über jedem Schreibtisch, der neben dem Gefühl eines gewissen Luftzugs – bei selbstverständlich stets geöffneten Fenstern und Türen – auch kleine Nebenerscheinungen verursachte: Während an den nackten Unterarmen infolge der pausenlosen Schweißentwicklung jedes Schriftstück hängen blieb, wollten alle anderen Papiere, alle Akten usw. durch den Zugwind des Ventilators ständig davonfliegen. Die einzige Abhilfe bestand darin, daß wir uns alte Glockenisolatoren, abgeschnittene Kabelenden usw. in genügender Menge besorgten, um sofort jedes Schriftstück (auch die Geldscheine) damit zu beschweren, wenn wir sie aus der Hand legen wollten. Eine nach unseren Begriffen brauchbare Kantine gab es nicht, und auch die Verwendung einer mitgebrachten Thermosflasche mit heißem und gesüßtem Tee zeitigte unerwartete Nebeneffekte. Kurze Zeit, nachdem die Flasche geöffnet wurde, erschienen auf einer regelrechten Straße am steinernen Fußboden und seitlich auf dem Schreibtisch heraufmarschierend, hundert und aberhundert von einer sehr kleinen Ameisenart, die man in Afrika verbreitet „Zucker-Ameisen“ nennt. Sie erkletterten die Thermosflasche und den Tassenrand, geleitet von winzigen Tröpfchen verschütteten Tees, und bevölkerten nicht nur Tisch und Schriftstücke in unangenehmer Weise, sondern sie erwiesen sich als besonders lästig, wenn man etwa seine Teetasse für einige Minuten unbeaufsichtigt auf dem Schreibtisch stehen ließ, weil etwa zu einer Besprechung gerufen worden war. Selbst bei kurzer Abwesenheit war bei der Rückkehr der offene Tee von einer großen Menge dieser Ameisen überschwemmt und damit ungenießbar geworden.

Übrigens zum Thema Besprechungen: Für solche Veranstaltungen gab es in unserem auf der Hauptinsel von Lagos gelegenen Ministerium zwei klimatisierte Konferenzräume. Die Klima-Anlage war besonders in diesen Räumen auch wirklich sehr wichtig, denn bei dem Hang der Afrikaner zum „Palaver“ dauerten die dienstlichen Besprechungen im größeren Kreise (20 Teilnehmer und mehr) selten unter vier Stunden, oft aber auch fünf bis sechs Stunden. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß alle Verhandlungen in Englisch stattfanden, muß man sich zusätzlich noch darüber klar werden, daß das in Westafrika gesprochene Englisch dort merklich anders klingt als reines Oxford-Englisch, und wenn dann beispielsweise auch noch indische und japanische Experten an der Konferenz mitteilnahmen, kamen noch andere Idiome des Englischen hinzu. Häufig mußte ich noch mit einer scheinbar unbedeutenden Schwierigkeit kämpfen, die ich hier auch deshalb erwähnen möchte, weil sie im Umgang mit schwarzen Afrikanern auch sonst die Verständigung zusätzlich erschwert: Bei den meisten Besprechungen wurde so unterdurchschnittlich leise gesprochen, daß auch dies die Verständigung beeinträchtigte. Es handelt sich hierbei um eine eigenartige Folge, die sich vielfach aus den Unterrichtsmethoden in den englisch ge-

leiteten Schulen in Afrika ergibt; normalerweise nämlich neigt der Afrikaner eher dazu, recht laut zu reden. Die englischen Lehrer haben offenbar geglaubt, ihren Schülern das überlaute Sprechen sehr nachdrücklich abgewöhnen zu müssen, und so spricht der afrikanische Partner, wenn er Wohlerzogenheit beweisen will, eben eher zu leise.

Unsere ersten Wochen waren angefüllt von den Bemühungen, mit den neuen Lebensbedingungen im Dienst und im Privatleben fertig zu werden. Was die dienstliche Tätigkeit anbetrifft, war es typisch, daß man von seiten unserer nigerianischen Vorgesetzten meist ganz etwas anderes von uns erwartete als wir vermutet hatten. Die nigerianische Verwaltung hatte frühzeitig vom BPM Unterlagen darüber erbeten, welche dienstliche Tätigkeiten jeder von uns bisher verrichtet hatte und auf welchen Gebieten wir besondere Erfahrungen besaßen. Bei mir beispielsweise sah das so aus, daß ich u. a. rund sieben Jahre als Ausbildungsreferent des FTZ tätig gewesen war und vielfach im Funkwesen gearbeitet hatte, nur ein Jahr, unmittelbar nach dem 2. Großen Staatsexamen, hatte ich als Abteilungsleiter im HTA in Berlin meinen Dienst versehen. Bei dieser Vorgeschichte war mehr oder weniger anzunehmen, daß man meine Mitarbeit entweder in der Funktechnik oder im Ausbildungswesen erwarten würde, aber es kam so, daß ich als Hauptaufgabe mit der Planung und dem Aufbau eines Telex-Netzes für Nigeria beauftragt wurde. Heute darf ich sagen, daß die Beschäftigung auf einem vorher nicht vermuteten Gebiet durchaus kein einzig dastehender Vorgang gewesen ist, sondern daß jeder Experte, der sich für eine Tätigkeit in der Entwicklungshilfe meldet, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit darauf gefaßt sein sollte, gerade auf einem Fachgebiet eingesetzt zu werden, auf dessen Bearbeitung er am wenigsten rechnet.

Aufbau einer privaten Existenz

Abgesehen von diesen dienstlichen Startproblemen mußten wir zu gleicher Zeit auch alle Voraussetzungen für unsere private Existenz schaffen. In dem Vertrag zwischen der Bundesregierung und der nigerianischen Regierung war z. B. festgelegt worden, daß letztere für unsere Unterkunft und auch für Transportmöglichkeiten sorgen würde. Was die Unterkunft anbetrifft, sorgte das Ministry of Communications auch wirklich gut für uns, wir bekamen je nach Rang und mit eigener Wahl entweder Häuser, Bungalows oder ausreichend große Mietwohnungen (für einen alleinstehenden

Beamten drei Zimmer und Küche) in dem bevorzugten Wohnviertel Ikoyi, so daß wir damit vollauf zufrieden sein konnten. Diese Häuser enthielten auch eine gewisse Grundmöblierung, jedoch z. B. keine Klimaanlage, sondern die schon bei den Büroverhältnissen erwähnten Deckenventilatoren. Wir hatten uns selbst Bett- und Tischwäsche, Handtücher, Fenstervorhänge usw., wie vor allem auch Kochtöpfe, Bratpfannen, Geschirr, Gläser und Bestecke zu beschaffen. Das erwies sich als eine zeitraubende und wiederum auch sehr lehrreiche Aufgabe, denn wir hatten ja neben anderem erst einmal herauszufinden, wo es solche Dinge zu erstehen gab und wie man zu den Einkaufsquellen gelangen konnte, denn mit der Bereitstellung von Transportmitteln sah es anders aus, als wir vermutet hatten. Für alle sieben Mitglieder unserer Gruppe gab es nämlich nur einen Kleinbus mit Fahrer, und damit mußten wir alle unsere vielfachen Einkäufe durchführen, und das bei Ladenöffnungszeiten zwischen 9 und 16 Uhr. Derselbe Bus nahm uns am Morgen bei einer Rundfahrt nacheinander auf und lieferte uns entsprechend nach Dienstschluß, das war damals 14 Uhr, wieder bei unseren Wohnungen ab. Die Taxis in der Stadt waren nicht gerade fabrikneu, in Ikoyi nicht so leicht aufzutreiben, und die Verhandlungen mit den Fahrern noch vor Antritt einer Fahrt waren eine Kunst, die wir auch erst zu erlernen hatten; so bezahlte anfangs noch mancher von uns zwölf Schillinge für eine Fahrt, die wir später für drei Schillinge haben konnten. Bei Gelegenheit unserer Einkäufe machten wir dann auch die ersten Erfahrungen mit den Bettlern, deren Verhalten uns anfangs schwer erträglich schien. Natürlich waren wir als Neulinge nicht gerade begeistert, wenn wir an den Haupteingängen der drei (nach afrikanischen Maßstäben eingerichteten) Warenhäuser durch eine Doppelreihe von wenigstens zwölf Bettlern „Spießruten“ laufen mußten. Was Nigeria angeht, so hatten wir verhältnismäßig noch Glück, und wir konnten auf die Dauer feststellen, daß wir es mit sehr „vornehmen“ Bettlertypen zu tun hatten. Diese Bettler, die ihre Existenz durchaus als einen richtigen Beruf betrachteten, waren völlig zufrieden, wenn einer oder gar zwei von ihnen eine 1-Penny-Münze erhielten, und das entsprach damals dem Gegenwert von nicht ganz fünf Pfennigen. Wenn man dann, vielleicht schon am nächsten Tag, wieder zu derselben Eingangstür ging und seinen „Freund“ leicht grüßte, ohne ihm seinen Obulus zu geben, so erwiderte er doch den Gruß sehr freundlich, denn man war ja ein sonst verlässlicher Partner.



Rumeas Rd
IKOYI
im 1. Stock mein erstes Flat

Das Führen eines eigenen Haushalts wäre für uns – um so mehr, als zunächst niemand seine Ehefrau mitgenommen hatte – ohne einen Diener, den Boy, gar nicht möglich gewesen. Nun war es ein eigenes Problem, wie man einen Boy finden konnte und was für einen Typ man zunächst erwischte. Es bereitete uns in der ersten Zeit erhebliche Schwierigkeiten, den Charakter und die Eignung eines schwarzen Bewerbers um den begehrten Posten bei einem europäischen Beamten zu beurteilen. Bei mir spielte sich der Anfang beispielsweise so ab, daß mir mein Hotel-Steward seinen Bruder als Boy empfahl. Er erklärte mir die Sache so, daß dieser Bruder seinen Beruf verstände und ein anständiger Mann sei. Über die Bezeichnung als „Bruder“ unter Afrikanern hatte ich damals noch nichts gelernt, vor allem nicht, daß im afrikanischen Sprachgebrauch jeder Onkel oder Vetter und auch sonst jeder sehr weitläufige Verwandte als „Bruder“ bezeichnet werden. Nun, ich hatte zunächst eine Wohnung zugewiesen erhalten und brauchte dringend einen dienstbaren Geist, daher ging ich auf diese Vermittlung ein. Als ich dann am nächsten Tage verabredungsgemäß den Mann bei meiner Wohnung ankommen sah, da dachte ich, daß ich mich gründlich vertan hätte. Der anmarschierende Boy hatte über sehr betagten Shorts ein zerrissenes, vor langer Zeit einmal weiß gewesenes Hemd an und seine Figur wurde von einem breikrempigen Damenstrohhut mit buntem Band gekrönt. Außerdem war er so schwarz, wie ein Schwarzafrikaner nur sein konnte, und unsere wechselseitigen Ansichten über die englische Sprache waren auch sehr verschieden. Um nur ein noch sehr harmloses Problem der sprachlichen Verständigung anzudeuten, mein neuer Mann reagierte nicht auf die Aufforderung „close the door, please“, weil er solch eine Satzbildung nicht erwarten konnte. Ich lernte dann, mich auszudrücken: „Make the door close“, dann war die Sache klar, und das „please“ wäre auf jeden Fall auch zuviel gewesen. Wie ich allmählich feststellte, hatte ich Glück gehabt, vor allem weil ich zu einem charakterlich anständigen Mann gekommen war, aber auch weil dieser mit seinen 20 Jahren vorher schon jeweils einige Jahre bei einem englischen und bei einem amerikanischen „Master“ gedient hatte, also immerhin Erfahrungen mit Weißen besaß. Sicherlich war er über mich in den ersten Monaten oft sehr verwundert, denn als tropenunerfahrener Neuling und auch mit gewissen Anschauungen als Deutscher hatte ich vielfach ganz andere Vorstellungen, als sie in seinen Gesichtskreis paßten.

Übrigens hatte ich im Hinblick auf meine Stellung als höherer Beamter, d. h. als senior officer, schon den

ersten Fehler begangen, als ich statt eines mir zustehenden Hauses nur eine 3-Zimmer-Wohnung in einem Block erbeten hatte. Dabei mußte es mir nach deutschen Verhältnissen ja schon als ein Luxus vorkommen, für mich allein eine solche Wohnung zu benutzen, aber ich hätte richtiger ein ziemlich großes Haus – etwa mit 200 qm Wohnfläche oder darüber – verlangen sollen, weil man sonst die Rechtmäßigkeit des von mir beanspruchten Ranges anzweifeln mußte. Später, als ich meine Familie nachkommen ließ, machte ich aus diesem Anlaß meinen Fehler gut und erhielt auch prompt ein großes Haus zugewiesen, in dem meine Frau und meine ziemlich erwachsenen Kinder mit mir trotz der klimatischen Belastung glückliche Stunden verlebten. Als wir das Haus bezogen hatten, mit dem ein großer Garten verbunden war, mußten wir unser Personal vergrößern, d. h. wir stellten einen sogenannten Gärtner und einen Hilfsdiener (small boy) ein. Mein ursprünglich für alle Dinge zuständiger, erster Boy wurde zum Koch-Steward, der außerdem auch noch die Wäsche zu besorgen hatte. Das Reinigen des Hauses war dann schon unter der Würde des erfolgreichen Dieners, gar nicht zu reden etwa von Gärtnerarbeiten. Und damit hatte er sogar recht, wie die Erfahrung bewies, denn Nr. 1 konnte ganz gut Englisch sprechen, sogar schreiben und rechnen. Zudem befand er sich in der Lage, daß er das Kochen in der englischen und der amerikanischen Küche gelernt hatte, und nun war er dabei, die deutsche und die österreichische Küche kennenzulernen – wie er es ausdrückte, er wollte ein „cook of the world“ werden. Dagegen verstand der Gärtner so wenig Englisch, daß er den mit Zustimmung angenommenen Auftrag, eine blühende Staude im Garten zu versetzen, so ausführte, daß er sie wegwarf und eine ganz andere Blume, von sonstwo genommen, dafür einpflanzte. Was diese Art Gärtner wirklich nur gelernt haben, ist das Gras-Hacken. Sichel oder Sense sind weitgehend unbekannt, andererseits aber wächst das Gras in dem feucht-heißen Klima fast während des ganzen Jahres täglich etwa 5 bis 7 cm, und hohes Gras ist ein idealer Aufenthaltsort für kleinere, meist giftige Schlangen, von denen es an der westafrikanischen Küste genug gibt und die auch in den Vororten von Lagos – gar nicht zu sprechen von dem angrenzenden Regenwald – reichlich vorkommen. So mußte unser Gärtner jeden dritten Tag das Gras mit einem großen Buschmesser (Machete) abhacken; zu diesem Zweck teilte er sich die Rasenflächen in drei Teile auf, und an jedem dritten Tag war er wieder am gleichen Platz, denn nur so war es zu verhindern, daß der Garten



Unser Haus in Lagos (Ikoyi)

Bei einer Lebensversicherung sind Sie an den Gewinnen beteiligt.

Ganz gleich, wie hoch Sie versichert sind.

Die Überschüsse, die die Iduna erzielt, gibt sie voll an ihre Versicherten weiter. Dadurch steigt Ihr Anspruch im Laufe der Jahre beträchtlich.

Nach heutigem Stand z. B. kann sich Ihr Versiche-

rungsschutz nach 30 Jahren Laufzeit mehr als verdoppeln.

Dieses Prinzip gilt für alle bei der Iduna versicherten Postangehörigen. Denn jedes Mitglied erhält im Verhältnis zu seinen Aufwendungen gleiche Überschüsse.

Die Iduna ist der größte

deutsche Lebensversicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit. Sie bietet auch in der Zukunft die Gewähr für eine hohe Gewinnbeteiligung ihrer Versicherten.

Günstige Tarife und Bedingungen für Postangehörige – das gibt es bei der Iduna schon seit über 60 Jahren.

Die Iduna informiert Sie fair außerhalb dienstlicher Abhängigkeiten. Dafür sorgen die Vertrauensleute – Kollegen wie Sie. Lassen Sie sich deshalb unabhängig und ausführlich im Kreise Ihrer Familie beraten.

**Hohe Gewinne
für alle Versicherten.**

**Das sollen
Sie wissen -
denn Ihre
Interessen
gehen vor**

IDUNA

immer der richtige Rahmen

zum Refugium für Schlangen und anderes Getier wurde. Eine recht anstrengende Arbeit übrigens, stundenlang in der Tropensonne stehen und das hohe Gras abhacken!

Schlangen-Bekanntschaften

Daß tatsächlich Schlangen um unser Grundstück herum existierten, sahen wir u. a. auch daran, daß sich auf der Straße vor unserem Haus immer wieder abgestreifte Schlangenhäute fanden. Nachbarn, die kleine, im Garten spielende Kinder besaßen, hielten sich Enten, die ein so gefährlicher Feind für die meist kleinen Giftschlangen sind, daß diese dort verschwinden, wo man solches Geflügel hält. Zum Thema „Schlangen“ ließe sich viel berichten, ich will hiervon nur wenige Episoden anschnitten. Man muß dazu wissen, daß sich bei den von Weißen bewohnten Häusern immer wieder herumziehende Händler einfanden, die vielerlei interessante Dinge aus Afrika verkaufen wollen, wie handgewebte Decken, Schnitzereien aus Holz und Elfenbein, Felle u. dgl. mehr. Zu diesen Berufszweigen, die im Umherziehen ausgeübt werden, gehört auch der eines Schlangenbeschwörers, und so waren wir noch nicht lange in unserem Haus eingezogen, als sich im Vorgarten ein Schlangenbeschwörer niederließ. Auf das Ertönen seiner Flöte hin kamen aus einem großen, von ihm mitgeführten Tongefäß mehr und mehr Kobras heraus. Bei einer von diesen Schlangen zeigte er uns, die wir in respektvoller Entfernung herumstanden, daß der Giftzahn eine Flüssigkeit ausspritzte, wenn er auf die

Giftdrüse mit einem Pennystück drückte. Unser Mann führte dann seine Schlangen vor, wie sie sich zu seinem Flötenspielen wiegten, er nahm auch den Kopf einer Kobra in seinen Mund, ohne daß ihm etwas geschah. Als er am Schluß seiner Vorführungen die Schlangen dazu bewegte, wieder in das Tongefäß zurückzukehren, zählte meine Frau genau, ob auch wirklich sämtliche neun Kobras wieder dort hineinverschwand. Es wäre doch kein gutes Gefühl gewesen, wenn wir nicht genau gewußt hätten, ob eine Kobra in unserem Garten geblieben war. Natürlich war die Vorführung eines Lohnes wert, und wir sahen diesen Schlangenbeschwörer immer einmal wieder,



„Schlangenbeschwörung“

sei es vor anderen Häusern oder am Badestrand, bis wir schließlich im vierten Jahr unseres Aufenthaltes in einer örtlichen Zeitung in Lagos lesen mußten, daß dieser Mann schließlich doch am Biß einer seiner Schlangen gestorben war – der Beruf scheint also doch nicht ohne Risiko zu sein . . .

Eine ganz andere Note hatte unsere Bekanntschaft mit dem Missionar einer christlichen Sekte aus den Vereinigten Staaten. Dieser noch recht junge Geistliche hatte sich ca. 40 km von Lagos entfernt, schon im dichten Busch des Regenwaldes, niedergelassen. Er verfügte zwar über ein einfaches Haus mit Nebengebäuden, lebte aber ganz abgeschieden von anderen Weißen. Anfangs hatte er gar keinen rechten Erfolg bei seinen Missionierungsversuchen gehabt, die Bewohner der umliegenden Buschdörfer, die zum großen Volksstamm der Yorubas gehören, waren entweder schon Christen geworden oder wollten bei ihrer „heidnischen“, d. h. animistischen Religion verharren. Diese Religion der Yorubas kennt zwar auch eine zentrale, höchste Gottheit, doch befindet sich diese in etwas nebelhafter Ferne. Daneben gibt es aber noch eine große Zahl von Naturkräften oder Erscheinungen, in denen göttliche Kräfte gesehen werden, z. B. ein großer Fluß, ein mächtiger Baum, der Gott des Donners und manches mehr. Wie gesagt, unser Missionar hatte einige Zeit hindurch keinen Erfolg und war daher als geistig regsamer Mensch von seinem Leben wahrscheinlich nicht befriedigt gewesen. So kam er auf den Gedanken, Schlangen zu fangen und in Aquarien oder ähnlichen Behältnissen aufzubewahren, sie zu füttern und zu beobachten. Da es in der Umgebung viele Sorten von Schlangen gab und noch gibt, wurde sein Schlangenzoo bald ziemlich groß und wies viele verschiedene Arten auf. Wir lernten ihn dadurch kennen, daß er sich gern bereit zeigte, seine Giftschlangen auf einer Rasenfläche bei seinem Hause vorzuführen und zu erklären. Die dabei gewonnenen Kenntnisse erschienen uns sehr wertvoll, denn nach einem Schlangenbiß ist es wegen der richtigen Auswahl eines Serums sehr wichtig, zu wissen, welches Gift man im Körper hat. So konnten wir unter zuverlässiger und geschickter Aufsicht zum ersten Mal lebende Giftschlangen anfassen und uns darüber wundern, daß diese Reptilien gar nicht irgendwie glatt oder schleimig anzufühlen sind, sondern in der Hand trocken und relativ sympathisch wirken. Allerdings waren solche Vorführungen nur bei einigen Arten möglich, während sich das bei besonders gefährlichen Arten verbot, so z. B. bei der „spuckenden Kobra“, die wir nur hinter Glas beobachten konnten. Es genügte, sich dem betreffenden Aquariumglas nur zu nähern, um die uns

zugewandte Scheibe wie angeregt erscheinen zu lassen – die spuckende Kobra nämlich greift ihren Feind durch Ausspeien einer giftigen Flüssigkeit an, mit der sie bis zu etwa 2 m Entfernung genau trifft. Beim Menschen bewirkt dieses Gift im „harmlosen“ Fall eine Tage andauernde Erblindung, falls man von dem ausgespuckten Gift etwas in die Augen bekommt, und diese Kobra-Art zielt bewußt auf die Augen ihres Feindes – kleinere Tiere sterben meist an den Folgen eines solchen Angriffs.

Wir bedankten uns bei unserem Missionar stets durch eine Spende für seine Mission, und ebenso verhielten sich andere von uns vermittelte Besucher, aber das war noch der geringste Erfolg seines Schlangenhobbys. Die einheimischen Dschungelbewohner hatten nämlich auch bald herausgefunden, welche seltsame Leidenschaft der Missionar zeigte, und so wurde er in der weiteren Umgebung überall dorthin gerufen, wo ein Dorf durch eine besonders gefährliche Giftschlange oder auch durch eine der großen Echsen geängstigt wurde. Meist erwischte der Missionar mit seinen erheblichen Kenntnissen von den Eigenheiten der Schlangen das gefürchtete Reptil auch schnell, und so kam er auf diesem seltsamen Umweg doch noch zu Ansehen und Einfluß bei den Yoruba-Dörflern, so daß er schließlich auch missionarisch den ersehnten Erfolg hatte, einfach weil man in ihm überirdische Kräfte vermutete.

Noch eine letzte Episode will ich erwähnen, weil es sich dabei um eine ganz andere Situation handelte. Im ersten Sommer meiner Tätigkeit in Nigeria, mußte ich dienstlich in das Hochland von Jos reisen, in der Luftlinie etwa 750 km von Lagos entfernt. Man besucht allgemein dieses Hochland sehr gern, ja manchmal für einen Erholungsurlaub, wenn man sich keinen Europa-Urlaub gönnen kann. Durch die Lage der Siedlungen in etwa 500 bis 700 m Höhe mit einer Umgebung von Bergen, die Höhen bis zu 1700 m erreichen, ist dort das Klima im Verhältnis zur feucht-heißen Zone des tropischen Regenwaldes in der Nähe der Küste sehr erfrischend. Die tagsüber herrschende Hitze wird leichter erträglich, weil die Luftfeuchtigkeit nur mittlere Werte aufweist, und in der Nacht findet durch die freie Abstrahlung der Wärme ein solcher Abfall der Temperatur statt, daß man zum Schlafen gern ein oder zwei Decken mitnimmt, während einem an der Küste selbst im klimatisierten Schlafzimmer das Leinentuch allein schon zuviel ist. In der Hauptstadt Jos gab es ein Regierungsrasthaus und ein etwas altmodisches Hotel, ich hatte aber nicht nur dort meine Aufgaben zu erledigen, sondern mußte auch einige Tage in der kleineren Stadt Bauchi tätig



Wohnstätten der Afrikaner in Bauchi

werden. Dort gab es überhaupt kein Hotel, jedenfalls nichts, was auch bei bescheidensten Ansprüchen für einen Europäer in Frage gekommen wäre. Die Unterbringung wird in allen derartigen Fällen so geregelt, daß man von einem Fachkollegen in dessen Bungalow aufgenommen wird. Meist erklären sich europäische Kollegen dazu gern bereit, denn der dienstliche Besuch bedeutet fast immer eine willkommene Abwechslung in dem ziemlich isolierten Leben, das die zwei bis fünf Nicht-Nigerianer in solchen Orten führen. Außerdem aber erhält der Gastgeber im Rahmen der Reisekostenregelung eine Entschädigung für die Aufnahme eines Gastes während einer Dienstreise, ein Vorgang, von dem übrigens der Gast selbst gar nichts bemerkt.

Mein Gastgeber war ein englischer Ingenieur (d. h. nach unserem Sprachgebrauch ein Techniker), der mich äußerst freundlich aufnahm. Er lebte in seinem Bungalow mit zwei Dienern allein, da seine Frau wegen Schwierigkeiten mit dem Klima das Land schon seit einiger Zeit verlassen hatte. Der dienstliche Aufgabenkreis dieses Ingenieurs bestand hauptsächlich im Pflege- und Unterhaltungsdienst an einer Kette von Richtfunksendern, die teils unbemannt liefen, teils mit solchem nigerianischen Personal besetzt waren, das aufgrund der begrenzten Ausbildung nur bei einfachen Senderausfällen erfolgreich eingreifen konnte. Am ersten Morgen war dieser Kollege schon verschwunden, weil ihn eine plötzliche Betriebsstörung alarmiert hatte, ich erhielt aber mein gewohntes, englisches Frühstück von einem seiner Boys in korrekter Weise serviert, und danach hatte ich noch einen Augenblick Zeit, so daß ich mich in dem Garten des Bungalows umsehen konnte. Ich war noch nicht drei Minuten dort herumgegangen, als ich mich einer großen Pythonschlange gegenüber sah, die vielleicht genau so überrascht war wie ich, aber jedenfalls auf mich zukam. Glücklicherweise hatte

Dahomey in einem Tempel schon der Fütterung der dort heilig gehaltenen Pythons zugesehen hatte, so daß meine Phantasie hier keiner weiteren Unterstützung bedurfte. Der Vorfall verlief durch das schnelle Eingreifen der beiden Boys für mich völlig harmlos, und ich hatte das ganze Vorkommnis während der mit so vielen Neuheiten erfüllten fünf Monate bis zur nächsten Weihnachtszeit fast schon vergessen, als mein Steward mir kurz vor dem Fest einen Besuch namens Mr. S. meldete. Es handelte sich um meinen Kollegen und Gastgeber aus Bauchi, der mir erzählte, er sei auf dem Heimweg nach England, um dort seine Frau für einige Wochen zu besuchen. Wir unterhielten uns in der kameradschaftlichen Weise, wie sie sich sehr oft zwischen den ausländischen Experten verschiedener Nationen herausbildet, die gemeinsam an Aufgaben der Entwicklungshilfe arbeiten. Als der erste Austausch von Neuigkeiten vorüber und auch – eine Selbstverständlichkeit in der feuchten Hitze der Westküste – bereits einige Flaschen Bier geleert worden waren, sagte mein Gast: „Hier ist übrigens ein kleines Päckchen, so eine Art Weihnachtsgeschenk.“ Überrascht öffnete ich das Paket und fand die gegerbte Haut einer langen, dicken Python – wie ich erfuhr, die Haut jener Schlange, die mich seinerzeit doch ganz schön erschreckt hatte.

Weitere Erfahrungen mit dem Leben in Westafrika

Doch zurück zu den Lebensverhältnissen in Lagos. Während unseres ganzen Aufenthaltes in Nigeria wurde uns hier von der deutschen Botschaft in vieler Hinsicht dienstliche Unterstützung und mancher guter Rat zuteil. Dabei kam gleich in den ersten Tagen beim Botschafter selbst auch das Thema zur Sprache, wie man es mit der Kleidung halten sollte. Infolge der gerade anfangs schwer zu ertragenden Hitze neigten wir alle dazu, uns sehr leicht und leger anzuziehen,



Bungalow eines Rifu-Betriebsingenieurs in Bauchi

einer der schwarzen Diener meinen Streifzug im Garten vom Küchenfenster aus beobachtet, er handelte sehr schnell und erschien laut gestikulierend mit seinem Kameraden, jeder einen großen Knüppel in der Hand. Sie erschlugen die Pythonschlange, die sich später als 3,5 m lang erwies, mit einiger Anstrengung. Ich hatte zwar gewußt, daß diese Schlangenart nicht giftig ist, sondern zu den Würgeschlangen gehört, aber ich war doch für einen Augenblick auch nicht sehr begeistert von der Aussicht, von einer solchen Schlange gewürgt zu werden – um so mehr als ich bei einem Besuch im Nachbarland

dazu aber erklärte uns der Botschafter, daß wir es uns nicht zu leicht machen dürften. Wir hätten sicher schon bemerkt, daß unsere nigerianischen Kollegen stets dunkle Anzüge mit Krawatten usw. trügen, falls sie nicht ihren „national dress“ angezogen hätten, der übrigens sehr malerisch wirkt (Bild). Wenn wir uns nicht mindestens mit einer langen Hose und einem Hemd mit Krawatte im Büro einfinden würden, so müßten das die einheimischen Partner als eine Mißachtung ihrer Würde empfinden. Der Botschafter beriet uns auch dahingehend, daß wir bei abendlichen Einladungen zumindest zunächst auch einen kom-



Das Nationalkostüm unserer Mitarbeiterinnen, hier in der Telex-Handvermittlung

pletten Anzug mit Sakko tragen müßten, und in diesem Zusammenhang äußerte er auch die treffende Bemerkung: „Stark schwitzen werden Sie immer, und da ist es dann schon gleich, ob man noch etwas mehr oder weniger schwitzt.“ Ein Teil unserer Gruppe richtete sich dann genau nach dieser Empfehlung und wir machten es uns nur in der Freizeit mit Shorts und offenem Hemd bequemer. Andere Mitarbeiter, vor allem die Angehörigen der Bft-Laufbahn, machten es sich oft auch leichter, das ergab sich ganz natürlich, weil die englischen oder nigerianischen Partner bei gewissen manuellen Arbeiten ebenso bekleidet waren.

Es dauerte nur wenige Wochen, bis wir herausgefunden hatten, daß der von der nigerianischen Verwaltung zur Verfügung gestellte Kleinbus, der wegen der Schwierigkeiten bei der Koordination unserer sehr verschiedenen Beförderungswünsche zum „Verdruß-Bus“ geworden war, keine Lösung für unsere Beförderungsprobleme war. Wir sahen, daß selbst jeder nigerianische Beamte mit nur mittlerem Rang mit dem eigenen Pkw zum Dienst kam und diese Fahrzeuge auch gegen eine Entschädigung für dienstliche Zwecke benutzt wurden, während der Kfz-Park der P & T recht beschränkt war. So entschloß sich einer von uns nach dem anderen dazu, sich einen Wagen zu kaufen, eine Ausgabe, auf die wir alle nicht eingestellt waren. Sie wurde uns aber durch ein Darlehn der Gawi (Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer) erleichtert, ebenso durch die Aussicht, monatlich einen – allerdings bescheidenen – Betrag für die dienstliche Benutzung der Pkw vergütet zu bekommen. Während im Jahre 1972 in Nigeria das Rechtsfahren eingeführt wurde, fuhr man damals dort noch links und mußte auch andere, aus England übertragene Fahrvorschriften beachten. Bei mir dauerte es etwa eine Woche, bis ich das Linksfahren nicht mehr als so fremdartig empfand, aber jedesmal hatte ich mit einem komischen Gefühl zu

kämpfen, wenn wir die Grenzen Nigerias zu seinen Nachbarn überschritten, wurde doch in diesen Ländern als ehemals französische Kolonien rechts gefahren. Sehr viel später, als ich im Jahre 1970 auf der Inselgruppe der Seychellen als Beauftragter der UIT zu arbeiten hatte, erinnerte ich mich dankbar an diese Linksfahr-Schulung in Nigeria, bekam ich doch auf den Seychellen von dem englischen Gouverneur einen Dienst-Pkw ohne Fahrer zur Verfügung gestellt, und dort wurde links gefahren, dabei handelte es sich darum, auf engen und steilen Gebirgsstraßen in dieser Fahrweise zurecht zu kommen.

Das Autofahren in Nigeria und speziell in Lagos brachte noch eine Reihe von zum Teil lustigen Komplikationen mit sich. Dazu gehörte nicht nur die Folge davon, daß fast alle Straßen in Lagos und Vororten keinen Gehweg besitzen, während gleichzeitig der normale Fußgängerverkehr zu gewissen Tageszeiten so dicht war, daß die Straßen in ihrer vollen Breite und auf die überblickbare Entfernung mit Menschen vollgestopft erschienen, die zudem noch vielfach schwere Lasten oder lebendes Getier auf dem Kopf trugen. Wenn man als Autofahrer vorankommen wollte, so blieb nichts anderes übrig – und so lernten wir es von einheimischen Pkw-Fahrern – als mit Schwung und viel Hupen in diese „Masse Mensch“ hineinzufahren; zu unserem größten Erstaunen teilte sich fast immer der Fußgängerstrom zu einem Durchlaß auf, oft erst in der letzten Zehntelsekunde und mit akrobatischen Bewegungen, aber fast immer ohne Schimpfen und ohne böse zu werden – auch ein Beitrag zum Thema der grundlegend fröhlichen Wesensart der Nigerianer.

In der unablässig herrschenden Hitze ist es eine sehr naheliegende Verhaltensweise, alle Wege nur mit dem Pkw zu unternehmen. Ein städtischer Omnibusverkehr besteht zwar in Lagos, aber die Zahl der Busse war schon viel zu klein für die große Zahl der ärmeren Leute, so daß es wegen der ständigen, teil-

weise haarsträubenden Überfüllung der Wagen für einen Europäer praktisch unmöglich war, dieses Verkehrsmittel zu benutzen, abgesehen von den Nachteilen einer zu engen Tuch- bzw. Hautföhlung mit den natürlich sämtlich in Schweiß gebadeten Einheimischen.

Um uns bei der Bewegungsarmut, zu der sich noch die als Reaktion auf die Hitze entstehende Trägheit gesellt, doch etwas in Schwung zu halten, unternahm ich mit meiner Frau regelmäßig in der letzten Stunde vor Sonnenuntergang einen längeren Spaziergang, meist durch die Straßen und Wege der Ikoyi-Insel. Wir hatten dabei in den älteren Teilen dieses Vororts den Eindruck, in einem Botanischen Garten umherzuwandern, mit einer üppigen tropischen Vegetation aus vielen blühenden Sträuchern und Bäumen, vorwiegend verschiedener Palmenarten. Bei solchen Spaziergängen passierte es uns immer wieder, daß Bekannte, die in ihren Wagen vorbeifuhren, besonders englische und amerikanische Kollegen sowie Nachbarn, anhielten und uns fragten, ob unser Wagen defekt sei oder was sonst geschehen wäre. Sie boten uns stets eine Mitfahrt an und waren nur schwer zu überzeugen, daß wir gern spazieren gehen wollten. Oft waren sie in ihrer Freundlichkeit so hartnäckig, daß wir eine Einladung in ihr Haus einfach nicht definitiv ablehnen konnten, und dort angekommen, bekamen wir „zur Entschädigung“ selbstverständlich gleich ein Bier angeboten, eigentlich genau das Gegenteil von dem, was wir uns vorgenommen hatten. Aber bei soviel Nettigkeit blieb uns in manchen Fällen nichts anderes übrig, als dankend anzunehmen.

Auswirkungen der Regenzeit

Nur während der Regenzeit, etwa von Ende Mai bis Anfang August, konnten wir solche Spaziergänge nicht regelmäßig durchführen. Die Feuchtigkeit, die sich während dieser Monate am Boden und in der Luft befindet, läßt sich nur schwer beschreiben. Ein großer Teil unseres Gartens stand dann wochenlang etwa 30 bis 50 cm unter Wasser und die tiefen Gräben an den Straßenseiten standen stets entweder kurz vor dem Überlaufen oder schafften auch den Wasserabfluß nicht mehr, so daß immer wieder ganze Straßenstücke unter Wasser standen. Infolge des Wegfalls eines großen Teils der Sonneneinstrahlung wurde es auch merklich kühler, d. h. wir beobachteten an den „kältesten Tagen“ Temperaturen um 26° C. Da wir uns notgedrungen an ganz andere Hitzegrade gewöhnt hatten, nahmen wir im dritten und vierten Sommer unseres nigerianischen Aufenthalts während des Höhepunkts der Regenzeit unsere Pullover mit in den Dienst.

Obgleich die Regenzeit eine jährlich wiederkehrende Erscheinung darstellt, waren vielfach die Vorkehrungen für diese Periode nicht ausreichend. Das eigenartigste Erlebnis in dieser Hinsicht hatte unsere ganze Gruppe, als wir auf einer großen Dienstfahrt mit drei Pkw von Ostnigeria kommend in Ibadan eingetroffen waren, um dort ein letztes Mal vor der Rückkehr nach Lagos zu übernachten. Diese Hauptstadt der damals so genannten „Western Region“ hat mehr als eine Million nigerianische Einwohner und ist damit die größte Stadt Schwarzafrikas überhaupt. Wir trafen an einem Abend bereits bei heftigen Regenfällen in Ibadan ein und fanden auch die vorbestellte Unterkunft im gut eingerichteten Green Springs Hotel. Gleich bei der Ankunft wurde uns aber mitgeteilt, daß

das Wasser sehr knapp werden würde. Aus dem Wasserhahn kam kein Tropfen mehr, aber jeder bekam noch drei Eimer Leitungswasser und schon am nächsten Tag gab es überhaupt nichts mehr. Da wir Wasser aus der Leitung nie getrunken hatten, war das wegen der Ernährung nicht sehr kritisch, aber bei der feuchten Hitze, in der alles klebrig wird, hatten wir eigentlich das Bedürfnis, uns wenigstens ein- bis zweimal täglich zu duschen oder zu baden, das war nun nicht möglich.

Am nächsten Morgen, so hofften wir, würde es nach Lagos weitergehen. Aber schon beim Frühstück im Restaurant des Hotels hörten wir von den anderen Gästen, daß alle nach Süden führenden Straßen und damit alle Möglichkeiten, nach Lagos zu kommen, durch Überschwemmungen und vor allem durch überschwemmte Brücken über verschiedene Flüsse abgeschnitten waren. Wir gaben es allerdings nicht gleich auf und fuhren auf zwei verschiedenen Straßen in Richtung Lagos. Jedesmal aber ging es nach etwa 50 km nicht mehr weiter, weil eine Brücke überschwemmt war, die nicht zu umfahren war. Nachdem wir durch mäßig überschwemmte Straßenstücke mit einiger Mühe wieder nach Ibadan zurückgekehrt waren, blieb uns nichts anderes übrig, als zu warten. Trotz der Warnungen auch von seiten unserer Kollegen beim regionalen Direktor des Fernmeldewesens, versuchten wir am nächsten Tag erneut, eine Möglichkeit zum Durchkommen zu finden, aber wir hatten keinen Erfolg und mußten uns dafür mühselig an kilometerlangen Reihen auf der Straße abgestellter nigerianischer Lastwagen vorbeidrängen. Diese Lastwagen waren dort stehengeblieben, wo es auch für solche hochgebauten Kraftfahrzeuge nicht mehr weiterging, aber ihre schwarzen Fahrer und andere Mitreisende hatten es sich unter den Wagen „bequem“ gemacht und unterhielten zum Teil dort auch kleine Feuer, um sich zu trocknen und ein Essen zu kochen. Sie zeigten keinerlei Ungeduld und nahmen die Lage ohne besonderen Unmut hin. Als wir jetzt wieder nach Ibadan zurückkehrten, beobachteten wir, daß an vielen Straßenecken Soldaten in voller Bewaffnung standen. Der Grund dafür lag darin, daß die Wasserversorgung in den meisten Stadtbezirken dieser ausgedehnten Stadt nur dadurch geregelt ist, daß für ein Straßengebiet jeweils eine öffentliche Wasserzapfstelle eingerichtet wurde, Wasserleitungen zu den einzelnen Häusern waren nicht vorhanden. An diesen öffentlichen Zapfstellen hatten sich infolge der großen Wasserknappheit lange Schlangen von Frauen gebildet, die wie üblich dort ihr Wasser holen wollten, das ersehnte Naß kam aber nur in sehr dürftigen, gelegentlichen Stößen. Wie wir dann erfuhren, hatten die übervollen Flüsse auch das verhältnismäßig hochgelegene Wasserwerk der Stadt überflutet und dabei war das schlammige Wasser auch in die Maschinenhalle eingedrungen, so daß die Pumpen nicht mehr arbeiten konnten. So kam das eigenartige Ergebnis zustande, daß es kein Wasser gab, weil es zuviel regnete.

Wir mußten unter diesen Umständen weiter warten, was die nächsten Tage wohl bringen würden, aber da die über Richtfunk geföhrten Fernspreverbindungen, wenn auch völlig überlastet, doch betriebsfähig geblieben waren, bekamen wir nach jeweils stundenlangem Warten ein Gespräch mit unserem Ministerium und auch mit der von unserer Bundeswehr gestellten Beratergruppe der Luftwaffe zustande. Die dort tätigen und uns gut bekannten

Offiziere erwägten bereits, ob man uns mit einem Hubschrauber aus der Riesenstadt herausholen sollte, in der sich allmählich eine gespannte Atmosphäre entwickelte.

Glücklicherweise brauchten wir von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen, sondern am vierten Tag fanden wir an einer Straße eine Brücke, die nur knapp um einen halben Meter überschwemmt war und bei der das Wasser oberhalb der Brücke keine so reißende Strömung mehr wie an den vorhergehenden Tagen aufwies. Da auch die Straßenstücke kurz vor und hinter dieser Brücke nur einen ganz niedrigen Wasserstand aufwiesen, konnten wir mit viel Schwung und einiger Besorgnis nacheinander mit unseren drei Pkw diese immer noch schwierige Stelle überwinden. Außer uns versuchte das niemand, denn die fatalistische Einstellung fast aller schwarzen Fahrer hatte dazu geführt, daß es ihnen nicht viel ausmachte, noch ein oder zwei Tage länger zu warten, um so mehr als die Intensität der Regenfälle beträchtlich abgenommen hatte. Der Rest des Heimwegs mit rund hundert Kilometern war dann auch noch nicht unproblematisch, aber wir hatten schließlich doch den Erfolg, alle weiteren überschwemmten Brücken und Straßenstücke zu überwinden und erreichten Lagos noch am gleichen Tage.

Bedeutende Persönlichkeiten

Unsere Tätigkeit in Nigeria brachte es auch mit sich,

daß wir eine Anzahl interessanter Persönlichkeiten kennen lernten, meist unter recht bemerkenswerten Umständen. Wenn ich nur eine erste Erforschung meines Gedächtnisses vornehme, so steigen in der Erinnerung Begegnungen auf wie die mit dem damaligen indischen Ministerpräsidenten Nehru und seiner Tochter Indira Gandhi (anlässlich eines Besuches bei dem Staatspräsidenten von Nigeria, Dr. Azikiwe), mit dem Sultan von Sokoto, der hauptsächlich durch seine nahe Verwandtschaft mit dem im ersten nigerianischen Bürgerkrieg 1966 ermordeten Sardauna von Sokoto (Bewahrer des Islams in Schwarz-Afrika) bekannt ist, mit dem Oba (König) von Benin (Akenzua II.), dem Ataoya von Oshogbo (einem anderen traditionellen Herrscher, hier unter den Yorubas), dem ersten „Minister of Communications“ in Nigeria, dem oben erwähnten Olu Akinfosile, mit dem damaligen Erzbischof und Kardinal von Mailand, dem heutigen Papst Paul VI., wie auch mit dem jetzigen Professor an der Universität von Ife, Uli Beyer, der ein halbes Menschenleben mitten unter den Yorubas verbracht hat und als der beste Kenner gerade auch der religiösen Tradition bei diesem bedeutenden Stamm (mehr als 12 Millionen) gilt.

Ähnliche interessante Begegnungen erlebte ich später, als ich zum regionalen Repräsentanten der UIT/ITU für das ganze östliche Afrika ernannt worden war und für drei Jahre meinen Wohnsitz in Addis Abeba nehmen mußte. Hierüber werde ich eventuell in einem zweiten Aufsatz berichten.

Aus der Arbeit der Arbeitsgruppe Besoldung

1. Durch die vorzeitige Auflösung des 6. Deutschen Bundestages trat naturgemäß auch in der Entwicklung des Besoldungsrechtes eine Stagnation ein. Diese dürfte jedoch in den kommenden Wochen – insbesondere nach Eintritt in die Tarifverhandlungen und der Neukonstituierung des Innenausschusses – überwunden werden.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden dann wieder Gelegenheit zu Gesprächen mit sachverständigen Bundespolitikern und Angehörigen des BMI haben (mehrere Einladungen liegen bereits vor).

Gesprächsthemen werden z. B. sein:

- Folgerungen aus dem Treuhandgutachten zum Besoldungsrückstand des höheren Dienstes (vgl. dazu Hefte 5/72, S. 108 f. und 6/72, S. 152 ff. sowie Anlage zum Rundschreiben 1/73);
- die Absichtserklärung des Innenausschusses vom 26. Februar 1971, nach welcher bereits zum 1. Juli 1972 eine Höherstufung der Eingangssämter unter Wegfall der Regelbeförderung erfolgen sollte (vgl. dazu u. a. Heft 5/72, S. 125);
- Fragen des zukünftigen Angebots und des Bedarfs an hochqualifizierten Arbeitskräften (vgl. dazu Punkt 3. dieses Beitrages);
- Fragen der Differenzierung aller Beamten nach Funktionsgruppen;
- die horizontale Nivellierung zu Lasten der Familien mit Kindern (vgl. dazu u. a. Punkt 2. dieses Beitrags);

- Möglichkeiten zu einer gerechteren Ausgestaltung des Ruhegehaltes.

Mit dem BPM werden wir u. a. folgende Fragen besprechen:

- Strichbewertung A 14 / A 15;
- Problem des „Gesundshrumpfens“ im höheren Dienst;
- Ausschreibung der Hilfsreferenten – Dp und Dp A 16 bei den OPDn;
- Möglichkeiten für eine gerechte Eingruppierung der im Hochbau beschäftigten Kollegen;
- gerechtere Einstufung der AV – und AbtL – Dp bei den Ämtern.

2. In dem im letzten Nachrichtenblatt erschienenen Beitrag „Nochmals: Zum Treuhandgutachten“ konnte die inzwischen veröffentlichte Stellungnahme von Dr. Hermann *Beriè* („Die Personalvertretung“, Heft 11/72, S. 297 ff.) aus drucktechnischen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden.

In seinem Aufsatz kommt *Beriè* zu dem Ergebnis, die „einzig klare, wenn auch nicht überraschende Aussage des Gutachtens“ sei, daß die zahlreichen besoldungsrechtlichen Maßnahmen zu einer ausgeprägten Nivellierung der Besoldung geführt habe. Durch die Besoldungsregelungen der beiden letzten Jahre werde der Nivellierungscharakter derjenigen der früheren Jahre noch bei weitem übertroffen. Dabei zeige sich, daß die Beamtenbesoldung im Vergleich

zur Wirtschaft mit Ausnahme des höheren Dienstes etwas günstiger abschneide.

Interessanter als diese — inzwischen allgemein bekannte — Aussage ist jedoch folgender Hinweis: Nach Berière ist nicht nur eine (sozial bis zu einem gewissen Grad notwendige, inzwischen aber über die Grenzen des Vertretbaren hinaus erfolgte) vertikale Nivellierung zu erkennen; vielmehr zeigt sich als Folge dieser Maßnahmen auch eine *überraschend hohe horizontale Nivellierung*, d. h. eine mit steigender Familiengröße sinkende prozentuale Verbesserung.

**Entwicklung der Beamtenbesoldung
1970 bis 1972
Steigerungsraten in vH**

Mittlere Bezüge der Besoldungs- gruppe . . .	Lediger	Ortsklasse S	
		Verheirateter mit 3 Kindern	6 Kindern
Bruttobezüge			
A 1	25,3	19,6	16,8
A 5	25,0	20,1	17,5
A 9	23,7	20,2	18,1
A 14	15,5	14,4	13,5
A 16	14,9	14,1	13,4
B 9	13,8	13,4	13,1
Nettobezüge *)			
A 1	23,0	16,7	13,9
A 5	22,2	17,5	14,8
A 9	19,3	18,0	15,7
A 14	12,2	11,5	10,8
A 16	11,6	10,9	10,3
B 9	11,0	10,3	9,8

*) Bruttobezüge abzüglich Lohnsteuern (berechnet ohne zusätzliche Freibeträge), ohne Kirchensteuerabzug.

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß diese Tendenz weder sozial noch familienpolitisch zu motivieren ist.

3. Bereits im Juli 1971 wurde vom Planungsausschuß für Hochschulbau ein „Erster Rahmenplan für den Hochschulbau“ beschlossen. Es handelt sich dabei um einen Versuch einer koordinierten Gesamtplanung zwischen Bund und Ländern.

Inhalt und Ziel dieser Planung ist es unter anderem, eine möglichst günstige Ausnutzung der vorhandenen und neuen Einrichtungen unter Berücksichtigung der voraussehbaren Nachfrage nach Studienplätzen und des langfristig zu erwartenden Bedarfs an Nachwuchskräften zu gewährleisten.

Nach Ansicht des Planungsausschusses setzt aber eine Orientierung an der Nachfrage u. a. eine zureichende Unterrichtung der Studienbewerber über ihre beruflichen Möglichkeiten und Aussichten voraus.

3.1. Zu diesem gesamten Fragenkomplex wurden vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vor kurzem in der „Schriftenreihe Hochschule“ als Band 6 eine Untersuchung „Hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980, eine Sozio-ökonomische Analyse und Prognose“ (Verfasser: Widmeier, Krafft, Sanders und Straumann) und als Band 8 ein Gutachten (Angebot und Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980, Arbeitskräftebilanz und Intensivanalyse“ (Verfasser: Alex, Heuser, Herrmann, Thissen und Welbers) herausgegeben. Interessenten können beide Werke bei unserer Arbeitsgruppe abfordern.

3.2. Für das Studienfach Rechtswissenschaften erschien im April in der Schriftenreihe „Wissenschaftliche Dienste“ des Deutschen Bundestages als Nr. 29 die Untersuchung „Studierende der Rechtswissenschaft und Bedarf an Juristen in der Bundesrepublik Deutschland, eine Analyse vorliegender Planungen und Prognosen“ (Verfasser: Lachmann und Weis).

Diese Arbeit verdient unsere höchste Aufmerksamkeit. Sie wird uns veranlassen, zu gegebener Zeit auch bezüglich anderer, im höheren Dienst der DBP vertretender Fachrichtungen nach entsprechenden Informationen zu suchen und diese ebenfalls allen unseren Mitgliedern bekannt zu machen.

Die Untersuchung von Lachmann und Weis vergleicht die Ergebnisse aller bisher erstellten Bedarfsprognosen für Juristen, stellt sie neueren Bestandszahlen gegenüber und gelangt schließlich zu einer Überprüfung der Rahmenplanung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz sowie nach dem Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung.

3.2.1. Der Erste Rahmenplan für den Hochschulbau sieht vor, die Zahl der Studienplätze für deutsche und ausländische Studierende vom Wintersemester 1969/70 bis 1975 um 45,2%, und zwar von 457 845 auf 665 000 zu erhöhen.

Die Verteilung auf Fächer und Hochschularten zeigt die Schwerpunkte des Ausbaus: Fachhochschulen (+ 92,9% mehr an Studienplätzen gegenüber 1969/70), Mathematik und Naturwissenschaften (+ 53,8%), die Zahnmedizin (+ 53,0%), Pädagogische Hochschulen (+ 48,2%). Bereits die vom Planungsausschuß als Schwerpunkt bezeichneten Ingenieurwissenschaften bleiben mit einem Zuwachs an Studienplätzen von 43,0% hinter dem Durchschnitt zurück.

Die Studienplätze für Rechtswissenschaft sollen zwischen 1969/70 und 1975 von 34 164 auf 43 000 erweitert werden, also um + 25,8% zunehmen. Einen geringeren Zuwachs weisen nur noch die Kunst-, Musik- und Sporthochschulen (+ 9,2%) sowie die Allgemeine Medizin (+ 13,6%) auf. Der prozentuale Zuwachs an Studienplätzen für Rechtswissenschaft entspricht damit genau dem der Land-, Forst- und Hauswirtschaft, obwohl die bis 1975 angestrebte absolute Zahl an Studienplätzen dieser Fächer weit aus geringer ist (6000). Selbst wenn als Maßstab nur der Zuwachs der Studierenden an Universitäten und Technischen Hochschulen herangezogen wird (+ 34,8%), ergibt sich für die Rechtswissenschaft, daß die Studienplätze unterdurchschnittlich, keinesfalls aber schwerpunktmäßig erweitert werden.

Als Vergleich können am besten die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften herangezogen werden, deren Absolventen häufig mit denen der Rechtswissenschaften in beruflicher Konkurrenz stehen. Die Zahl der Studienplätze in diesen Fächern soll von 42 583 auf 54 500 erweitert werden (+ 28,0%).

3.2.2. Im Fachgebiet Rechtswissenschaft ist seit 1956 tendenziell eine steigende Erfolgsquote festzustellen.

Dabei fällt auf, daß der bisherige Tiefpunkt der Erfolgsquote beim Ersten Staatsexamen in den Jahren 1960 bis 1962 mit hohen Kandidatenzahlen korreliert, während beim erneuten Anstieg der Kandidatenzahlen im Jahre 1969 die Erfolgsquote mit 87,5% einen neuen Höhepunkt erreichte.

Die Erfolgsquote der Zweiten Staatsexamen ist ebenfalls seit 1956 beinahe kontinuierlich gestiegen. Im Jahre 1967 stieg sie erstmals über 90 % und ist seitdem nicht mehr unter diese Marke gefallen.

Bei der Ermittlung der *Studienerfolgs-Quote* (d. h. des Anteils der Studienanfänger, der sein Studium mit einem Examen erfolgreich abschließt) ergibt sich für die letzten sieben Prüfungsjahrgänge (1965 bis 1971), daß 69,1 % der Studienanfänger der Jahre 1960 bis 1966 das Erste juristische Staatsexamen bestanden. 64,3 % der Studienanfänger der Jahre 1956 bis 1962 konnten in den Jahren 1965 bis 1971 erfolgreich das zweite Staatsexamen ablegen.

3.2.3. *Im gesamten Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* rechnet die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung mit *jährlicher Absolventenzahlen*, die von 8600 (1969) auf 15800 (1975), 23800 (1980) und 29300 (1985) steigen. An diesen Zahlen haben – auf den Stand von 1969 bezogen – die Absolventen der *dreijährigen* Studiengänge und der Lehramtsstudien einen überproportionalen Anteil. Die hier vor allem interessierenden Absolventenzahlen der *vierjährigen Studiengänge* nehmen nicht so stark zu (bis 1975 44,1 gegenüber 83,7 % aller Studiengänge). Immerhin soll die Absolventenzahl der vierjährigen Studiengänge im Vergleich zu dem Stand von 1969 bis 1985 um 126 % anwachsen. Die Bund-Länder-Kommission läßt aber offen, welchen Anteil davon die Absolventen der Rechtswissenschaft einnehmen.

Da nach dem Rahmenplan für Hochschulbau bis 1975 die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sogar eine etwas höhere Zuwachsrate an Studienplätzen er-

halten werden als die Rechtswissenschaft, muß mit einer quantitativen Expansion der Berufsmöglichkeiten für Absolventen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften oder aber mit einer geänderten Fachrichtungsstruktur gerechnet werden. Das Problem der weiteren Einschränkung von Einsatzmöglichkeiten durch Einschleusung von Aufstiegskräften ist dabei überhaupt noch nicht berücksichtigt.

3.2.4. Die jährliche Zahl der Absolventen der vierjährigen Studiengänge in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften steigt von 7700 (1969) auf 11100 (1975), 14800 (1980) und 17400 (1985). Je nach zugrundegelegter mittlerer Studienzeit und Erfolgsquote dürften nach 1975 jährlich zwischen 6000 und 6300 Absolventen mit Erstem juristischem Staatsexamen die Hochschulen verlassen. Von diesen werden voraussichtlich jährlich im Zweiten juristischen Staatsexamen zwischen 5400 und 6070 als Volljuristen in den Beruf eintreten.

Dies entspricht gegenüber der Anzahl des Jahres 1971 (3000) einem Anstieg von 80 bzw. 102 %. Eine Beseitigung oder Milderung der Numerus-clausus-Situation in verschiedenen anderen Fächern würde sich zwar vermutlich in sinkenden Studienanfängerquoten in der Rechtswissenschaft niederschlagen. Dagegen wird die Einführung des Numerus clausus in weiteren Hochschulen und Studienfächern einen noch stärkeren Rückstau zum Jurastudium auslösen.

3.2.5. Nach dem Gutachten von Lachmann/Weis wird im öffentlichen Dienst ab 1970 bis 1980 ein jährlicher Bedarf an Juristen zwischen 1162 und 1570 entstehen.

Voraussichtlicher Bedarf an Juristen in den Jahren 1970 bis 1980

a) Justiz b) übrige Ressorts

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1970–1980	insgesamt
B u n d	a)	331	324	333	326	324	303	291	292	292	293	282	3391	3391
	b)													
Baden-Württemberg	a)	74	84	88	90	105	98	102	99	100	88	71	999	1731
	b)	69	61	63	85	84	77	68	62	57	56	49	732	
Bayern	a)	141	136	134	136	105	119	117	112	113	115	113	1341	2380
	b)	91	96	81	112	99	93	107	89	88	80	88	1039 *	
Berlin	a)	17	20	26	21	25	19	36	22	31	17	14	248	534
	b)	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	286	
Bremen	a)	7	4	7	7	7	9	8	7	7	5	4	72	116
	b)	7	5	4	5	1	5	3	4	2	4	4	44	
Hamburg	a)	32	34	39	40	41	41	38	39	39	40	38	421	736
	b)	35	35	35	35	25	25	25	25	25	25	25	315	
Hessen	a)	58	60	58	52	52	65	75	52	58	35	52	617	882
	b)	44	29	24	24	29	21	26	22	18	23	5	265	
Niedersachsen	a)	95	75	65	70	80	75	75	75	75	50	35	770	1341
	b)	63	57	63	59	55	48	49	46	45	46	40	571	
Nordrhein-Westfalen	a)	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	1650	2980
	b)	130	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	1330	
Rheinland-Pfalz	a)	48	48	48	48	48	48	48	48	48	48	40 **	520	926
	b)	34	34	37	37	40	50	40	35	31	33	35 **	406	
Saarland	a)	14	4	5	2	2	6	1	2	4	2	2	44	109
	b)	7	3	9	6	6	4	4	7	6	6	7	65	
Schleswig-Holstein	a)	85	48	49	57	46	47	45	47	34	36	35	529	640
	b)	12	12	10	11	9	13	9	11	8	8	8	111	
Zusammen		1570	1165	1474	1520	1479	1162	1463	1392	1377	1306	1243	15766	15766

3.2.6. Die geplante Zahl der Absolventen der Rechtswissenschaft nach 1975 wäre *nach Ansicht der Gutachter* nur gerechtfertigt, *wenn man den Absolventen unterhalb (!) der jetzt in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft mit Hochschulabsolventen besetzten Qualifikationsebene (also im Bereich des gehobenen Dienstes) Funktionen zur Verfügung stellen, d. h. eine „Akademisierung“ bestimmter Funktionen vornehmen würde.* Dem steht aber der überproportionale Anstieg der Studierenden und Hochschulabsolventen in den dreijährigen Studiengängen entgegen, die eben diese Funktionen wahrnehmen werden.

Handelt es sich hier um die Grundlagen für den von den sachverständigen Politikern immer wieder beschworenen „längerfristigen Plan“, durch den „auch subjektiv bei den einzelnen Gruppierungen das Gefühl der Gerechtigkeit einzieht“?

3.3. An diesem Beispiel wird wiederum deutlich, wie sehr das zukünftige Schicksal des höheren Dienstes

von den vorstehend geschilderten, bereits getroffenen bildungspolitischen Entscheidungen abhängen wird. Mehr denn je wird danach in den kommenden Jahren das Prinzip von Angebot und Nachfrage auch die besoldungsmäßige Einordnung der Angehörigen des höheren Dienstes bestimmen.

Dabei erscheinen die mittel- und längerfristigen Aussichten für die Universitätsabsolventen mit zwei Staatsexamen – und zwar nicht nur für Juristen – wegen des krassen Mißverhältnisses zwischen dem starken Angebotsdruck und der begrenzten Zahl an freien, der Vorbildung entsprechenden Arbeitsplätzen wenig günstig.

Unter diesen Voraussetzungen werden auch die Probleme

- des „Gesundshrumpfens“ (was ist hier eigentlich krank oder unangemessen aufgebläht?) und
- des Aufstiegs in den höheren Dienst erneut zu durchleuchten sein.

„Funktionsgruppenbildung“ und Bewertung der AV - Dp der FZÄ

Von OPR Schuberth, München

Die „Güteprüfung“ gehört gemäß VO zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1971 zu den sogenannten Funktionsgruppen. Die mit der Bildung der Funktionsgruppe „Güteprüfung“ verbundenen Stellenausschreibungen Nr. 79, 80, 83, 84, 86, 87, 88 usw. sind in den Amtsbl. Nrn. 98 und 99 enthalten.

Im neuen Tätigkeitskatalog F, herausgegeben mit AmtsblVfg Nr. 521/1972, sind die der Güteprüfung angehörenden und aufgrund der unter Ziffer 1 genannten VO höherbewerteten Bea des gehobenen Dienstes unter TätNr. 46 400 ausgewiesen.

Die Dienststellen Güteprüfung gehören den 8 FZÄ Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Heusenstamm, Malsch, München und Nürnberg, und zwar dem Aufgabenbereich Z 4 (Technik) an (BPMVfg II J 3 4250-0 F/FZA vom 13. August 1970).

Der Abteilungsleiter Z 4 ist ein Bea des gehobenen Dienstes und gehört nicht zur Funktionsgruppe. Trotzdem wurde er im Rahmen der Bildung dieser Funktionsgruppe im neuen Tätigkeitskatalog F von A 12 auf A 13 angehoben. Hierzu gab § 4 (2) der genannten VO die gesetzliche Möglichkeit.

Der verantwortliche AV dieser FZÄ geht leer aus. Es wäre folgerichtig, im Tätigkeitskatalog F unter TätNr. 30 000 (Amtsvorsteher) den Wortlaut „... bei Ämtern mit mehr als 600 Punkten“ zu ergänzen mit dem Zusatz „sowie bei FZÄ mit Güteprüfung“, genau so wie dies bei TätNr. 30 002 (Abteilungsleiter) geschehen ist. *Bea des höheren Dienstes sind im § 4 (2) der genannten VO nicht ausgeschlossen und müßten genau so berücksichtigt werden wie dies bei den zuständigen Abteilungsleitern des gehobenen Dienstes geschehen ist.*

Neues von der FEFAS

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 27. und 28. Januar 1972 hat die FEFAS in Frankfurt am Main eine Sitzung abgehalten, in welcher unser Präsident, Dr. van der Goes, einen Zwischenbericht über seine Tätigkeit gegeben hat. Danach ist zwecks Erweiterung unserer Organisation die Verbindung mit 15 Ländern aufgenommen worden. Es sind dies: Großbritannien, Belgien, Luxemburg, die Schweiz, Österreich, Dänemark, Norwegen, Irland, Island, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Griechenland und die Türkei. Einige der angeschriebenen Länder haben inzwischen unsere Satzungen angefordert und sind in interne Beratungen über den Beitritt eingetreten. Die Verhandlungen werden sich aber sicher noch eine

ganze Zeit lang hinziehen, insbesondere weil die höheren Postbeamten in den verschiedenen Ländern in der unterschiedlichsten Form organisiert sind. Diese Organisationsformen entsprechen in einigen Fällen durchaus nicht den Formen der Vereinigung, wie wir sie in Italien, Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik kennen. Verhältnismäßig einfach ist die Situation in England. Dort haben die höheren Beamten sieben Organisationen gebildet, wie z. B. die Vereinigung der Amtsvorsteher des höheren Dienstes, der Juristen oder der Aufsichtsbeamten des höheren Dienstes. Die einzelnen Organisationen sind in einem Gremium zusammengefaßt,

Der Vorstand der FEFAS tagte im Januar 1972 in Frankfurt.

Stehend von links:
Dr. Keßler, Hamburg,
Leiter der Arbeitsgruppe Kontakte
Dr. Brauns-Packenius, Frankfurt
Luciani, Paris,
Leiter der Arbeitsgruppe Strukturen

Sitzend von links:
Pijnenburg, Amsterdam,
Generalsekretär der FEFAS
Dr. van der Goes, Haarlem,
Präsident der FEFAS
Marenghi, Rom



das den Namen „Das Konsortium“ führt. Das Konsortium hat uns mitgeteilt, es sei gerade dabei, unsere Satzungen ins Englische zu übersetzen und werde dann Stellung nehmen.

Unabhängig davon, wie die Verhandlungen fortschreiten, wollen wir Vertreter der angeschriebenen ausländischen Vereinigungen als Gäste zu dem diesjährigen Kongreß in Den Haag einladen.

Die Arbeitsgruppe Kontakte legte sodann den Entwurf eines Fragebogens vor, mit dem die Meinung unserer Mitglieder ermittelt werden soll. Es geht darum, auf Grund der Auswertung des Fragebogens die Ziele der FEFAS noch genauer als bisher zu präzisieren.

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Strukturen war Gegenstand eines Berichtes von Monsieur Luciani. Eine vergleichende Studie über die Situation des höheren Dienstes bei den verschiedenen Postverwaltungen ist in Arbeit. Die Studie wird sich darauf beschränken, einen Überblick zu geben. Die Vertiefung einiger wichtiger Punkte muß einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben.

Es wurden dann die Vorbereitungen für den FEFAS-Kongreß in Angriff genommen. Der Kongreß findet am 27. und 28. September in Den Haag statt. Er fällt damit auf ein Datum, an dem auch der Kongreß der FITCE in Stuttgart stattfindet. Dies ist außerordentlich bedauerlich, war aber aus Termingründen, die sowohl die Bewegungsfreiheit der FEFAS als auch die der FITCE einengten, nicht anders zu regeln. Über Einzelheiten des Kongresses in Den Haag möchte ich erst berichten, wenn das Programm endgültig feststeht. Das wird sicherlich sehr bald der Fall sein. Wer aber schon einmal in den Niederlanden war und die große Gastfreundschaft und die Bemühungen unserer holländischen Kollegen um gute europäische Zusammenarbeit kennt, der weiß, daß der Kongreß in Den Haag ein großes Erlebnis werden wird und die Fahrt dorthin sich – insbesondere auch für Schlachtenbummler – lohnt.

Bis zum nächsten Bericht über die FEFAS grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Brauns-Packenius

Der Computer in der Fernmeldeverwaltung

Von Dipl.-Ing. Dieter Elias, Bonn

Nachdem im Fernmeldewesen seit Jahrzehnten im Rahmen der Automatisierung des handvermittelten Fernsprechverkehrs „Datenverarbeitung im ganz großen Stil betrieben wird“, war es selbstverständlich, daß mit Aufkommen der Lochkartenmaschinen in Verbindung mit Sortier- und Tabelliermaschinen in Deutschland versucht wurde, beginnend im Fernmelderechnungsdienst, den Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen auszuweiten. Genauso explosionsartig, wie sich von diesen Anfängen Mitte der Fünfziger Jahre die Entwicklung der Datenverarbeitungs-

anlagen und ihrer Möglichkeiten vollzog, weiteten sich auch die Anwendungsmöglichkeiten im Fernmeldewesen aus. Nach dem Rechnungsdienst boten sich zur Automatisierung die Bereiche des Kabel- und Leitungsbaues, der Verkehrsmessungen, der Betriebsführung, vor allen Dingen aber der Teilnehmerdienste an, wie z. B. der Anmeldestellen für Fernsprecheinrichtungen, wo in Deutschland teilweise noch ein vom Bestand der Fernsprechhauptanschlüsse linear proportionaler Personalbedarf vorhanden ist. Besondere Akzente erhielt die Entwicklung dadurch,

da, wie Sie sicherlich wissen, die Deutsche Bundespost beabsichtigt, ab 1975 ein neues elektronisches Vermittlungssystem „EWS“ einzuführen, das mit rechnergesteuerten Vermittlungsstellen und diesen übergeordneten Betriebsrechnern arbeitet. Gerade bei den Vorarbeiten für dieses System wurde besonders deutlich, daß es heute nicht mehr sinnvoll ist wie früher etwa, sich bei dieser Aufgabenstellung auf die Einführung eines neuen Wählsystems zu konzentrieren, sondern hier zeigte sich erstmalig eindeutig die Notwendigkeit, die Möglichkeiten, die in so aufwendigen Systemen enthalten sind, in Richtung auf ein vollständiges und umfassendes Betriebssystem auszubauen, bei dem die reinen Vermittlungsaufgaben nur ein Teil seiner Fähigkeiten ausmachen. Solche Systeme müssen auch ein breites Spektrum wichtiger betrieblicher Arbeitsabläufe angefangen von der Fehlersuche über die Entstörung, über die Fehlerstatistik, über Probleme der Verwaltung der Technischen Bestände, bis zu Lagerhaltungsproblemen für Ersatzteile und Zubehör beherrschen.

Was hat eine solche Entwicklung nun für schwerwiegende Konsequenzen? Da muß man auf der einen Seite den Betrieb des Fernmeldewesens sehen mit Zuwachsraten des Verkehrs von 12 bis 14 % in der Bundesrepublik und den damit verbundenen Personal-mehrbedarf, der auf dem Arbeitsmarkt kaum oder gar nicht mehr gedeckt werden kann und der Perspektive für 1980, die Zahl der Fernsprechanchlüsse zu verdoppeln. Hieraus leitet sich die Forderung ab, jede sich bietende Möglichkeit der Automatisierung mit Hilfe von EDV-Anlagen zu ergreifen, und zwar in allen Bereichen des Fernmeldewesens. Man könnte hier auf Anheb sicherlich 20 neue Projekte zu den bereits im Betrieb befindlichen EDV-Lösungen nennen, bei denen EDV-Anlagen zur Automatisierung eingesetzt werden könnten. Selbst die Frage der Wirtschaftlichkeit solcher Projekte ließe sich für viele eindeutig positiv beantworten, wenn man investiertes Kapital und Betriebskosten für die EDV-Anlagen den Personalsparnissen gegenüberstellen würde. Mit-hin sprechen also viele betriebliche Gründe dafür, den Einsatz von EDV-Anlagen im Fernmeldewesen wesentlich weiter auszuweiten als es tatsächlich geschehen ist, und zwar umgehend. Weshalb ist die DBP jedoch nicht diesen naheliegenden Lösungsmöglichkeiten nachgegangen? Wie Sie alle wissen, bestehen zwischen den einzelnen Aufgaben und Tätigkeiten im Fernmeldewesen außerordentlich enge Verflechtungen. Wenn Sie an einer Stelle Arbeitsabläufe und organisatorische Verfahren ändern, werden andere Bereiche oft in überraschender Weise in Mitleidenschaft gezogen. Es ist also notwendig, wenn man individuelle Einzellösungen für den EDV-Einsatz ins Auge faßt, sich eine Grundkonzeption zu erarbeiten, in der die Einzellösungen sinnvoll eingebettet werden können. Es ist eben so, daß nicht zwangsläufig die Summe in sich wirtschaftlicher Einzellösungen auch konsequenterweise zu einer wirtschaftlichen und vertretbaren Gesamtlösung führen müssen, sondern manches spricht sogar für das Gegenteil. Wenn man aber eine solche Grundkonzeption ins Auge faßt, so kann man das nur und ausschließlich unter einem Gesichtspunkt tun, nämlich dem der großen Notwendigkeit der Rationalisierung im Fernmeldewesen überhaupt. Sie alle wissen jedoch, daß eine solche Rationalisierung nicht nur über EDV-Anlagen erreicht werden kann, sondern daß hier das Spektrum der Möglichkeiten wesentlich größer ist,

angefangen z. B. von der Optimierung der Betriebsorganisation, über die Überprüfung des Dienstleistungsangebotes überhaupt, bis zur besseren Gestaltung z. B. manueller Arbeitsabläufe. Nach unserer Meinung stecken hier nicht nur im Bereich der DBP, sondern sicherlich auch bei anderen Fernmeldeverwaltungen noch einige Reserven. Wenn das aber richtig ist, stehen wir eigentlich vor Einführung eines umfassenden Systems der Datenverarbeitung mit Hilfe von EDV-Anlagen vor der sehr komplexen Aufgabe einer umfassenden Rationalisierungs- oder Integrationsplanung, in der die eben angedeuteten Notwendigkeiten und Möglichkeiten optimal aufeinander abgestimmt werden. Erst nach Vorliegen einer solchen Rationalisierungsplanung ist eigentlich eine Minimierung des Risikos bei der Einführung von EDV-Lösungen in betrieblicher, organisatorischer und betriebswirtschaftlicher Sicht möglich. Das ist allerdings leichter gesagt als getan. Eine von uns durchgeführte Studie hat ergeben, daß bei konsequenter Bearbeitung dieser Aufgabe, die einschließen soll, die Untersuchung der gesamten Rationalisierungsmöglichkeiten, das Festlegen, wo EDV-Lösungen angewendet werden können, die Ausarbeitung solcher Lösungen einschließlich der Programmierung der Betriebsabläufe unter Einbeziehung des Fachwissens von privaten EDV-Firmen für die Entwicklung der Anwender-Software, folgende Anforderungen zu erfüllen sind:

Einsatz von 7000 bis 9000 Mannjahren, was bei maximal möglicher Verteilung der Arbeiten auf etwa 15 Jahre den Einsatz von 400 bis 600 hochqualifizierter eigener Kräfte pro Jahr erforderlich macht, und zwar etwa 60 % Organisatoren und Analytiker und 40 % Programmierer und EDV-Spezialisten. Von den einzusetzenden EDV-Firmen könnten etwa 1700 Mannjahre oder durchschnittlich pro Jahr etwa 115 Kräfte eingesetzt werden. Nachdem, wie Sie wissen, der Umfang und die Schwierigkeiten organisatorisch betrieblicher Strukturprobleme mit wachsender Größe der Projekte nicht mehr linear, sondern überproportional zunimmt, sind für die Lösung derartiger Strukturprobleme „geistige Vorleistungen“ von etwa 50 Mio. DM erforderlich. Das sind zunächst einmal für uns schockierende Ergebnisse gewesen, zumal ganz deutlich wurde, daß eine Bearbeitung derartiger Projekte in der bisherigen Form der Linienorganisation nicht mehr möglich ist, sondern daß dafür eine Projektorganisation außerhalb der hierarchischen Linie erforderlich ist, mit den dabei anfallenden organisatorischen und personellen Schwierigkeiten, die einen neuen Typ des Fernmeldeingenieurs in der deutschen Verwaltung notwendig machen. Nach Vorliegen dieser Untersuchung und eingehender Diskussion der Ergebnisse, deren Logik sich niemand entziehen kann, und vorgewarnt durch die schlimmen Ergebnisse bei der Durchführung komplexer EDV-Projekte außerhalb der Deutschen Bundespost, stellte sich nun die Frage, wie man diese beiden Gesichtspunkte miteinander vereinbaren kann: nämlich die unmittelbare betriebliche Notwendigkeit, jetzt und sofort EDV-Lösungen für bestimmte Arbeitsabläufe zur Verhinderung von drohenden Zusammenbrüchen der Fernmeldedienste einzuführen und die unabdingbare Forderung nach einer klaren Eingliederungsmöglichkeit in ein Gesamtrationalisierungskonzept zur Minimierung eines außerordentlichen betrieblichen und betriebswirtschaftlichen Risikos. Wobei

beachtet werden muß, daß eine solche Gesamtkonzeption nur mit einem Zeithorizont von 15 Jahren und einem kaum realisierbaren Bedarf von eigenen hochqualifizierten Kräften erarbeitet werden kann. Der Weg, den wir zur Lösung dieser schwierigen Frage eingeschlagen haben, ist folgender:

Die Arbeiten zur Schaffung einer Gesamtrationalisierungsplanung laufen sofort an. Dafür wird eine außerhalb der Linienhierarchie stehende Projektgruppe im Fernmeldetechnischen Zentralamt geschaffen, die ein direktes Berichtsrecht und eine direkte Berichtspflicht an einen für diese Aufgabe geschaffenen Arbeitsstab im Bundespostministerium hat. Unabhängig davon jedoch sollen in bestimmten Betriebsbereichen, in denen dafür zwingende Notwendigkeiten bestehen, die Arbeiten zur Einführung weiterer EDV-Lösungen sofort, und zwar in enger Zusammenarbeit mit EDV-Firmen anlaufen. Die dabei ins Auge gefaßten Bereiche sind für die Einführung von „Sonder“- oder „Insellösungen“ besonders geeignet, d. h. sie haben verhältnismäßig geringe Auswirkungen auf andere Bereiche. Trotzdem wird ein gewisses Risiko für Fehlentwicklungen in Kauf zu nehmen sein, wenn man bedenkt, daß diese Bereiche im wesentlichen die personalintensiven Teilnehmerdienste erst in 1 bis 2 Jahren durch die Gesamtrationalisierungsplanung abgedeckt werden können. Soweit es sich um die Bearbeitung der „EDV-Insel-“ oder „Einzellösungen“ handelt und später um die komplexen EDV-Projekte, haben wir uns einen Weg überlegt, wie bei dem erheblichen Fehlbestand an Ingenieuren in unserem Fernmeldewesen die mitarbeitenden EDV-Firmen in möglichst großem Umfang ihre Intelligenz nicht nur auf dem EDV-Sektor selbst, sondern auch auf dem organisatorischen Sektor einbringen können. Dabei standen wir unter dem Zwang, daß alles das, was jetzt für ein Fernmeldenetz von rund 10 Mio. Fernsprechan schlüssen in EMD-Technik geschaffen wird, möglichst ohne Stoßstellen auch für das – wie erwähnt – ab 1975 einzuführende EWS-Betriebssystem anwendbar ist. Nachdem dieses System ja heute teilweise noch in der Entwicklung ist, mußte durch geeignete Auswahl der zu beteiligenden Firmen, die Form der Auftragsvergabe an diese Firmen und die Abgrenzung ihrer Arbeitsbereiche gegeneinander sichergestellt werden, daß die DBP hier einen steuernden und koordinierenden Einfluß mit minimalem Aufwand an eigenem Personal optimal ausüben kann. Das Ergebnis unserer Überlegungen war, daß wir nicht für jedes Einzelprojekt eine öffentliche Ausschreibung machen können, sondern daß an einen begrenzten Kreis von Firmen, die wir auch noch koordinieren können, Aufträge nur immer für ganz bestimmte abgegrenzte Bereiche unseres Fernmeldebetriebes erteilt werden. Dabei wird mit aneinandergereihten aber voneinander unabhängigen Einzelaufträgen gearbeitet, die nur immer bestimmte Phasen bei der Einführung einer EDV-Lösung, wie z. B. Grobanalyse, dann Konzepte für Pilotprojekte, dann Systemprogramme, schließlich Lieferaufträge beinhalten. Nur so glaubten wir, auch eine hinreichende Verantwortungsabgrenzung zwischen den mitarbeitenden Firmen und der Deutschen Bundespost erreichen zu können, die bekanntlich bei der Abwicklung von EDV-Projekten von großer Bedeutung ist. Das Ergebnis unserer Untersuchung hinsichtlich einer vernünftigen Aufteilung des Fernmeldewesens in Bearbeitungs- und Interessensbereiche war, daß wir glauben, daß eine Unterteilung

in drei Bereiche eine optimale Lösung darstellt. Nämlich in den Bereich A, der im wesentlichen die Teilnehmerdienste umfaßt, wie Fernmelderechnungsdienst und Anmeldestellen für Fernmeldeeinrichtungen, den Bereich B, der im wesentlichen den technischen Betriebsdienst und die Vermittlungseinrichtungen und den Entörungsdienst und den Bereich C, der im wesentlichen die Linientechnik umfaßt, also die Orts- und Fernkabelnetze. Ich will im einzelnen nicht auf die Schwierigkeiten eingehen, die die Feinabgrenzung der Bereiche gegeneinander mit sich bringt. Man muß sich vorstellen, daß wir in den nächsten Jahren ein Betriebsverfahren einführen wollen, bei dem die Beamtin der Anmeldestelle bei Anmeldung eines Fernsprechan schlusses über ihr Terminal nach Eingabe von Name und Adresse des Antragstellers aus dem Rechner, falls der Anschluß schaltbar ist, die genaue Leitungsführung vom Teilnehmer zur Vermittlungsstelle einschließlich der zuzuteilenden Rufnummer erhalten sollen. Die Ausgabe der notwendigen Schalt- und Bauaufträge an den zuständigen Dienststellen einschließlich einer vom Rechner gefertigten Nachricht an den Teilnehmer soll automatisch erfolgen. Das Verfahren erfordert, daß in weitem Umfang von vielen Dienststellen zentrale Dateien benutzt werden müssen. Das bedeutet die Einführung eines Online-Datenfernverarbeitungssystems von erheblichem Umfang. Dabei stellte sich die entscheidende Frage, wie in einem solchen System von drei Arbeitsbereichen A, B und C über das Bundesgebiet sichergestellt werden soll, daß die Kompatibilität zwischen den Bereichen vorhanden ist. Dabei wäre anzumerken, daß unsere ursprünglichen Pläne, die eine Art perfekter technischer Zukunftsvision beinhalteten, sich nicht realisieren ließen. Wir waren nämlich vor etwa drei Jahren der Auffassung, daß die zentralen Betriebsrechner des EWS-Systems in der Lage sein könnten, auch die Aufgaben der integrierten Datenverarbeitung im Fernmeldewesen mit zu übernehmen. Inzwischen hat sich nun herausgestellt, daß diese Aufgaben so umfangreich und komplex sind, daß dies nur voraussichtlich für die Anteile möglich sein wird, die auf den Teil B entfallen. Für die Teile A und C werden also andere Rechner anderer Hersteller einzusetzen sein. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß bei der Abgrenzung von Rechnerbereichen verschiedener Hersteller gegeneinander nicht eine regionale Aufteilung der Bundesrepublik gewählt werden konnte, sondern von einer funktionalen ausgegangen werden mußte. Das bringt die Schwierigkeit mit sich, daß gleichartige Aufgaben in der Region gesammelt und verdichtet werden müssen, bevor sie etwa auf zentrale hochleistungsfähige Großrechner bearbeitet werden, also in erheblichem Umfang Datenfernverarbeitung erforderlich wird, auf der anderen Seite aber auch wegen der Notwendigkeit der gemeinsamen Benutzung zentraler Dateien der Zwang entsteht, daß die am Ort vorhandenen unterschiedlichen Rechnersysteme für die Teile A, B und C miteinander zusammenarbeiten können. Das sind zwei Schwierigkeiten, die Kenner der Materie sicherlich nicht zu gering veranschlagen werden. Hinsichtlich des Beginns der Arbeiten an den Teilsystemen A, B und C ist anzumerken, daß entsprechende vertragliche Vereinbarungen zwischen drei Firmen und der DBP ausgehandelt wurden, die in Kürze von den Parteien unterzeichnet werden sollen. Ein übergeordnetes Ziel ist es, im Hinblick auf die Einsparungen, die der Einsatz vor allen Dingen

Neuerscheinung 1973

Als Band 64 der Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst ist soeben erschienen:

Dipl.-Ing. Gerhard Schneider

„Einführung in die elektronische Vermittlungstechnik“

Format: DIN A 5

Umfang: 228 Seiten

Engl. Broschur

DM 29,—

Mit diesem Werk wird die Reihe unserer Veröffentlichungen fortgesetzt. Es ist eine der ersten umfassenden Einführungen in die elektronische Vermittlungstechnik, welche in nächster Zukunft dieses Fachgebiet beherrschen wird.

Das Buch wurde von einem Fachkenner geschrieben und kann als zuverlässiger Wegweiser auf dem Gebiet der Anwendung elektronischer Bauelemente in der Vermittlungstechnik angesehen werden. Es wendet sich an Studenten, Ingenieure und Techniker, denen damit das Verständnis für die Entwicklung der modernen Vermittlungssysteme erleichtert wird.



Damm-Verlag KG 3300 Braunschweig Kalenwall 1 Telefon (0531) 44511

des neuen elektronischen Datenvermittlungssystems EDS ab 1973 und des elektronischen Fernsprechvermittlungssystems EWS ab 1975 auf personellem Sektor vor allen Dingen im Bereich des Unterhaltungsdienstes bringt, die Wartung der benötigten EDV-Anlagen möglichst weitgehend von eigenem Personal durchführen zu lassen. Das zwingt, um Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in vertretbaren Grenzen halten zu können, zu einer Art „Einheitstechnik“ für die EDV, wie wir sie von der Fernsprechvermittlungstechnik in Deutschland her gut kennen. Beim Nachdenken über eine solche „Computereinheitstechnik“ wird erst richtig klar, daß durch die integrierte Datenverarbeitung auch grundlegend neue Methoden bei der Entwicklung von derartigen Betriebssystemen notwendig werden im Vergleich zur Entwicklung etwa von Wähl-systemen in der Vergangenheit. Während hier noch von der Fernmeldeindustrie im Grunde eine Spezialentwicklung für die einzelnen Fernmeldeverwaltungen bei enger Kooperation mit diesen betrieben wurde, handelt es sich bei der integrierten Datenverarbeitung darum, eine Entwicklung zu steuern, die sich auf marktgängige technische Geräte, nämlich die EDV-Anlagen, abstützt. Für diese werden von den einzelnen

Herstellerfirmen, zumindest was die Hardware angeht, keinerlei Sonderanfertigungen für die Fernmeldeverwaltung gemacht. Inwieweit hier die Befriedigung eines geballten Bedarfs, nach dem ja die Aufgabenstellung bei den einzelnen europäischen Fernmeldeverwaltungen im wesentlichen die gleiche ist, etwa zu einer stärkeren Annäherung von EDV, Technik und Routinen einzelner Hersteller führen wird oder geführt werden kann, bleibt abzuwarten. Immerhin schätzt die DBP ihre Aufwendungen auf dem EDV-Sektor des Fernmeldewesens im Rahmen der integrierten Datenverarbeitung auf etwa 2 bis 3 Mrd. DM im Verlaufe der nächsten 10 Jahre. Das sind am Rande bemerkt etwa 20 % der Aufwendungen, die für die Einrichtung der Fernsprechvermittlungstechnik erforderlich werden.

Bei der Abgrenzung und Beschreibung der Teilsysteme A, B und C der integrierten Datenverarbeitung ist zunächst ein viertes wichtiges Gebiet außer Betracht geblieben, und das ist die rechnergesteuerte Fernsprechauskunft. Dazu ist zu sagen, daß unsere Untersuchungen gezeigt haben, daß ein solches System weitgehend unabhängig von den Teilsystemen A, B und C entwickelt werden kann und andererseits aber

auch keine zwingende Notwendigkeit dafür besteht, nachdem in der Bundesrepublik Deutschland ein gut funktionierendes Mikrofilmkarteisystem eingeführt ist. Bis vor kurzem erschien es uns daher wenig vordringlich, die Auskunft zunächst rechnergesteuert über Auskunftsplätze und später dann vollautomatisch zu betreiben. Die Unmöglichkeit, den Teilnehmer direkt mit dem Rechner verkehren lassen zu können und damit die Notwendigkeit der Beibehaltung der Auskunftsplätze ließen ein solches Verfahren selbst unter Berücksichtigung eines möglichen Fernsprechbuchdruckes über das Lichtsatzverfahren nicht wirtschaftlich erscheinen. Neuere Untersuchungen scheinen jedoch hier ein nochmaliges Überdenken notwendig zu machen, zumal die Personalsituation in den Auskunftsstellen immer prekärer wird und uns die Ergebnisse, die wir bei der Entwicklung einer rechnergesteuerten Telexauskunft gewonnen haben, ermutigen. Damit sind wir aber bereits im Bereich von vorgezogenen EDV-Lösungen, die bei uns entweder bereits im Einsatz oder zumindest in der Erprobung stehen. Diese möchte ich Ihnen abschließend vorstellen, um nicht nur Zukunftsperspektiven zu entwickeln und Planungen zu beschreiben.

Wie bereits erwähnt, ist neben der schon vor Jahren erfolgten Automatisierung der Rechnungserstellung für rund 10 Mio. Teilnehmer, von deren Zählerablesung bis zum Inkasso, als ein bedeutendes neues Projekt die rechnergesteuerte Telexauskunft zu nennen. Hier bot sich wegen der digitalen Eingabe- bzw. Ausgabemöglichkeit der Anfragen bzw. der Auskünfte an, die Daten zunächst für die rund 90 000 Telexteilnehmer der Bundesrepublik abzuspeichern. Durch intelligente Suchprogramme wird es ermöglicht, daß auskunftssuchenden Teilnehmern in einem rechnergesteuerten Dialog mit Hilfe ihrer Fernschreibmaschine sich die gewünschten Auskünfte selbst, und zwar ohne Zwischenschaltung einer besonderen Auskunftsbeamtin holen können. Der Versuchsbetrieb, der wegen des Austestens der Programme und wegen eines gewissen Formatzwanges bei der Eingabe der Anfrage zunächst noch hilfsweise über einen Auskunftsplatz läuft, liefert bereits hoffnungsvolle Ergebnisse.

Als ein weiteres wichtiges Projekt muß die Bestandsführung der in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen rund 400 000 Nebenstellenanlagen genannt werden. Ziel war es, ein EDV-Verfahren zu entwickeln, das es ermöglicht, eine Bestandsführung der in den einzelnen Nebenstellenanlagen enthaltenen, zum Teil außerordentlich komplexen technischen Ausstattung, soweit sie gebührenrelevant ist, bezogen auf den einzelnen Teilnehmer zu erarbeiten. Über eine Datei, die verschlüsselt die einzelnen Ausstattungsgegenstände mit ihren Preisen enthält, das sind in Deutschland rund 400 Stück, können so jedem Teilnehmer nicht nur sein Bestand, sondern auch die für diesen Bestand anfallenden Gebühren jederzeit ausgedruckt werden. Wesentliches Merkmal ist, daß bei Gebührenänderungen, bei denen sonst die Erfassung der älteren Nebenstellenanlagen nicht möglich war, innerhalb kürzester Frist alle Anlagen und Ausstattungsgegenstände mit neuen Gebühren belegt werden können.

Auf dem Sektor des Funkwesens ist ebenfalls ein wichtiges und komplexes EDV-Projekt in der Einführung begriffen, und zwar im Rahmen der Funk- und

Frequenzverwaltung sowie der Funknetzplanung. Hier wird die Zuteilung, die Verträglichkeitsprüfung und die Verwaltung der Frequenzen automatisiert und eine dafür notwendige EDV-mäßige Erfassung der Topographie der gesamten Bundesrepublik Deutschland in Angriff genommen.

Wichtige EDV-Lösungen bestehen auch auf dem Sektor der Netzplanung, und zwar sowohl bei der Fernnetz- als bei der Ortsnetzplanung. Im Fernnetz werden zunächst die Verkehrsmessungen an den Bündeln des bei uns praktisch vollautomatisierten Netzes mit Hilfe von Rechnern zentral ausgewertet und daraus die Planungsdaten errechnet und den örtlichen Dienststellen zugeleitet. Darüber hinaus wird in einzelnen Bereichen bereits eine EDV-mäßige Erfassung des gesamten Fernlinienbestandes mit dem Ziel durchgeführt, das Neu- und Umschalten des Netzes zu automatisieren. Das gleiche gilt für die Übertragungseinrichtungen des Fernnetzes. Für das gesamte Netz einschließlich der Übertragungseinrichtungen wird die Erfassung und Auswertung von Fehlern über EDV-Programme mit Hilfe von Fehlerlochkarten gesteuert. Auch auf dem Sektor der Ortsnetze sind eine ganze Reihe von EDV-Anwendungen in Betrieb, so z. B. für die Netzstatistik, für die Kabelfehlerstatistik, für Planungsarbeiten, für das Aufstellen von Ausschreibungsunterlagen, für die Vertragsabwicklung und Überwachung sowie für die Leistungsberichte unserer eigenen Kräfte. Das gesamte Sachanlagevermögen des Fernmeldewesens wird ebenfalls EDV-mäßig erfaßt und fortgeschrieben.

Insgesamt gesehen gibt es also bereits jetzt ein breites Spektrum von EDV-Anwendungen im Fernmeldewesen, die hier nicht vollständig aufgezählt werden können.

Zum Schluß noch eine ganz allgemeine Bemerkung zum Einsatz von Computern im Fernmeldewesen. Der Umfang des Einsatzes von EDV-Anlagen scheint auf den ersten Blick oft unbefriedigend zu sein, wenn man die, wie man zunächst meint, praktisch unbegrenzten Möglichkeiten der Computer und die betrieblichen Notwendigkeiten der Rationalisierung im Fernmeldewesen sieht. Viele glaubten, hier durch das alte Patentrezept rationalisieren zu können, indem Personal durch Kapital ersetzt wird, und man glaubte, wenn man genügend Kapital zur Verfügung stellt, wäre das Problem gelöst. Tatsache ist jedoch, daß hier m. E. ein Trugschluß vorliegt, als zwar das notwendige Kapital eine wichtige Voraussetzung für EDV-Lösungen darstellt, aber der entscheidende Dualismus bei der Rationalisierung nicht die Persona-Kapital-Relation ist, sondern die Beziehung Personal – Intelligenz. Das soll heißen, daß die wesentliche Schwierigkeit bei der Bewältigung komplexer EDV-Projekte nicht etwa im Fehlen von Investitionskapital, sondern in der begrenzten Kapazität entsprechender organisatorischer und analytischer Intelligenz liegt. Auch wir haben bei der Planung eines so großen und vielschichtigen Projektes wie der integrierten Datenverarbeitung im Fernmeldewesen der Deutschen Bundespost die Erfahrung gemacht, daß wir uns, was die betrieblich-organisatorischen Fragen einer adäquaten Projektarbeit angeht, noch in sehr wenig erforschten Gebieten bewegen, und daß es größter geistiger Anstrengung und Selbstdisziplin der daran Beteiligten bedürfen wird, wenn ein derartiges Projekt zu einem vernünftigen Abschluß gebracht werden soll.

Mit der FEFAS zu Gast in den Niederlanden

Von Paul Ziemann, Frankfurt

Notizen und Eindrücke vom dritten Kongreß der Europäischen Föderation der höheren PTT-Verwaltungsbeamten (FEFAS) vom 28. bis 30. September 1972 in Den Haag.

Soeben hat der TEE Rembrand zwischen Elten und Zevenaar die deutsch-holländische Grenze überfahren. Wohl nur der Form halber erkundigt sich ein holländischer Grenzbeamter höflich nach Personalausweis oder Reisepaß und wünscht gute Weiterreise und angenehmen Aufenthalt in den Niederlanden. Die Landschaft hat sich verändert. Wie frisch gewaschen aussehende Häuschen wirken wie muntere Farbtupfen. Kilometerweit scheint der Zug durch Hohlwege zu fahren, die von blühendem Heidekraut und von Kiefern und Birken umfaßt sind. Dann öffnet sich der Blick wieder auf weite Wiesenlandschaften, denen die vielen weidenden Kühe und Rinder einen ausgesprochen gemütlichen Eindruck verleihen.

Inzwischen hat der Zug Arnheim hinter sich gelassen und eilt Utrecht entgegen, wo es gilt, nach Den Haag umzusteigen. Die Gedanken wenden sich ab vom friedlichen Landschaftsbild und konzentrieren sich immer mehr auf das Reiseziel Den Haag und auf die Dinge, die dort zu erwarten sind. Die FEFAS hat zum dritten Kongreß eingeladen. Die erstmalige Teilnahme läßt Spannung und innere Unruhe aufkommen. Wie werden die ersten Kontakte zustande kommen? Werden die Fremdsprachenkenntnisse, vor allem im Französischen, ausreichen, um über ein bloßes Gestammel hinaus sich mit den französischen und italienischen Kollegen unterhalten zu können und nützliche Gespräche und Diskussionen entstehen zu lassen? Um es vorwegzunehmen, nach Überwinden eines kleinen Lampenfiebers ging alles leichter als gedacht.

Das Badhotel in Scheveningen, in dem alle nicht holländischen Kongreßteilnehmer untergebracht wurden, vermittelte Feriengefühle. Der Vorabend des Kongresses war ausgefüllt mit dem Kennenlernen immer neuer Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Partnerstaaten. Teilnehmer an den vorhergegangenen Kongressen von Menton und Rom begrüßten sich herzlich und gaben ihrer Wiedersehensfreude zum Teil sehr temperamentvoll Ausdruck. In dieser allgemeinen Aufgeschlossenheit fühlte sich dann auch der Neuling bald heimisch und sah den kommenden Dingen schon gelassener entgegen. Ein erholsamer Abendspaziergang am vereinsamt daliegenden Strand von Scheveningen brachte schließlich die innere Ausgeglichenheit vollends zurück.

Für den ersten Tag des Kongresses war als Tagungsstätte das Niederländische Kongreßgebäude in Den Haag ausgewählt worden, ein modernes, repräsentatives Gebäude von erheblichen Ausmaßen, innen und außen architektonisch beachtlich, mit einer Fülle von Sälen und anderen Räumlichkeiten und mit modernsten Techniken ausgestattet. Die Würde ausstrahlende Umgebung, der bis ins kleinste Detail liebevolle Empfang, die Ausschmückung des Sweelinck-Saales und ein zur Begrüßung aufspielendes Orchester schufen die festliche Stimmung, in der pünktlich um

9.30 Uhr der eigentliche Kongreß begann. Als erster begrüßte der Bürgermeister von Den Haag die Festversammlung, wünschte ihr einen erfolgreichen Verlauf und den Teilnehmern schöne Tage in Den Haag. Die italienische Postverwaltung war durch ihren Staatssekretär, die französische PTT durch ihren Kabinettschef vertreten, die beide ebenfalls herzliche Grußworte an die Versammlung richteten und der FEFAS eine gute weitere Entwicklung wünschten. Nachdem auch der Vorsitzende des holländischen Verbandes der höheren Postbeamten seine Gäste begrüßt hatte, trat Herr Leenman, Generaldirektor der PTT der Niederlande, an das Rednerpult zu einer inhaltsreichen Begrüßungsansprache.

Zunächst gab Herr Leenman seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Kongreß diesmal in den Niederlanden stattfand. Er wies darauf hin, daß erst am 22. September ebenfalls in Den Haag eine Arbeitstagung der CEPT zu Ende gegangen sei, die niederländische Post also noch ganz auf den europäischen Gedanken eingestimmt sei. Erwähnung fanden ferner die gleichzeitig in Stuttgart stattfindenden 11. europäischen Fernmeldetage der FITCE. Alle diese Gremien und Vereinigungen – CEPT, FEFAS, FITCE – und natürlich die Postverwaltungen, zu denen sie gehören, bemühen sich fortlaufend, auf internationalem Gebiet einen Beitrag zu leisten, der in erster Linie in der Erfüllung folgender Aufgaben bestehe: bis aufs optimale verbesserte Dienstleistungen für die Öffentlichkeit; Lösung der dabei entstehenden technisch-organisatorischen Schwierigkeiten; Lösung der personellen Probleme. Es wäre sehr wünschenswert, wenn noch mehr höhere Postbeamte in mehr Ländern die junge und noch behutsam und mit viel Fürsorge zu behandelnde FEFAS bei dieser Arbeit unterstützen würden. Sicher würden in diesen Tagen neben der fachlichen Arbeit her auch menschliche Beziehungen und Freundschaften entstehen, die in ihrer Gesamtheit zum erstrebten Erfolg des Kongresses gehören würden.

Abschließend erklärte Herr Leenman, der für seine Worte lebhaften Beifall erhielt, den Kongreß für eröffnet.

Den offiziellen Teil beschloß quasi als Hausherr der Präsident der FEFAS, Herr Dr. van der Goes. Er erinnerte an die Kongresse von Menton und Rom und wünschte für diesen Kongreß und für die Arbeit der FEFAS überhaupt eine kontinuierliche Weiterentwicklung. Auf seinen Vorschlag hin ernannte der Kongreß Mr. Debrenne, Regionaldirektor der PTT in Nancy, zum Ehrenmitglied der FEFAS. Herr Debrenne ist Mitbegründer der FEFAS und hat sich als ihr Präsident in den Jahren 1966 bis 1971 große Verdienste um ihre Weiterentwicklung erworben. Unter großem Beifall der Versammlung nahm Herr Debrenne die Ernennungsurkunde entgegen und bedankte sich mit bewegten Worten für die Ehrung.

Der nach einer kurzen Pause folgende Vortrag des Herrn J. D. Smeets, Hauptdirektor des Postwesens in der Generaldirektion der PTT der Niederlande, leitete über zum fachlichen Teil des Kongresses. Der Wortlaut dieses Vortrages wird nach Eingang der Über-

setzung in einer späteren Ausgabe unserer Zeitschrift veröffentlicht werden. Gleiches gilt auch für die weiteren noch zu erwähnenden Vorträge. Hier sei nur der wesentliche Inhalt wiedergegeben.

Herr Smeets Vortrag stand unter dem Motto des Kongresses „Quo vadis PTT?“. Als vorläufigen zeitlichen Endpunkt seiner Betrachtungen setzte er das Jahr 2000. In anschaulicher Form legte er dar, daß die PTT kein absolutes Eigenleben führen kann. Sie ist vielmehr ein Glied und Organ der Gesellschaft, deren Entwicklung sie folgen muß, wenn sie nicht veralten und ihre Aufgaben vernachlässigen will. Altherkömmliche Gewohnheiten und schwerfällige Verwaltungspraktiken hatten zur Folge, daß die PTT in vielen Fällen der Entwicklung der Gesellschaft nicht schnell genug folgen konnten. Anpassung und Umstrukturierung erfordern viel Zeit, und wenn außerdem die Vorausschau fehlt, hinken die PTT erheblich hinter der Entwicklung der Gesellschaft her. Das führte dazu, daß heute noch erhebliche Teile der PTT auf die Gesellschaft von gestern eingestellt sind. Doch gelangt man immer mehr zu der Erkenntnis, daß nur eine flexiblere PTT in der Lage sein wird, den Anforderungen der Gesellschaft von heute und morgen zu genügen. Die PTT werden künftig eine aktive Marketing-Politik führen müssen, um kommende Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen zu können. Die Übergangszeit wird schwierig sein, weil es gilt, einmal Aufgaben noch nachzuholen und zum anderen auf die künftige Entwicklung vorzugreifen. Die Entwicklung der Gesellschaft und die daraus folgenden Änderungen in den Aufgaben der PTT richtig vorauszu sehen, ist also eine der wichtigsten Aufgaben der PTT. Nur dann können die Planungen für die Zukunft richtig sein. Richtige Planungen, die sich z. B. auf Untersuchungen über das künftige Verhalten und über den künftigen Bedarf der Postkunden stützen, können u. U. auch wesentlich zur Verbesserung der Rentabilität der PTT beitragen, vor allem, wenn letztere ihre Organisation laufend den gestellten Anforderungen anpassen und alte Zöpfe in der Verwaltung abschneiden.

Zahlreiche Beispiele, auf die im Rahmen dieses Berichts nicht eingegangen werden kann, bereicherten den ebenfalls mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Als nächster Redner wandelte Herr B. N. J. Pompen, Hauptdirektor des Personalwesens in der Generaldirektion der PTT der Niederlande, das Thema des Kongresses „Quo vadis PTT?“ auf dem Personalgebiet ab. Er schilderte ausführlich die Entwicklung der Personalpolitik bei der PTT, die er indes nicht für spezifisch hält, deutete den Einfluß der Gesellschaft auf die Personalpolitik und andererseits auch den Einfluß der Personalpolitik auf die Gesellschaft an und bezeichnete schließlich die Personalpolitik als eine wesentliche Funktion der Gesellschaft. Diese wechselseitigen Einflüsse und Beziehungen hätten sich im Laufe der Jahrzehnte sehr befruchtend ausgewirkt. Das stellte Herr Pompen anschaulich am Beispiel der Entwicklung des Arbeitsrechts dar. Dieses habe sich vom passiven zum aktiven Arbeitsrecht gewandelt und schrittweise die Anerkennung des Arbeitnehmers („Personae miserabiles“) als Rechtsträger und Mensch erreicht. Auf diesem Wege liegen auch der Übergang von schlechten Arbeitsbedingungen zu Maßnahmen zum körperlichen Schutz des Arbeitnehmers und die materielle Entwicklung zum

Besseren durch Wandlung der „Hungerlöhne“ zu sozialen Löhnen. Als Folge dieser Entwicklung seien nunmehr Personal- und Sozialpolitik eng miteinander verknüpft.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß der Arbeitnehmer als Mensch eine zunehmend zentrale Stellung in Betrieb und Verwaltung einnimmt und durch eigene Aktivität z. B. im Wege der Mitbestimmung die Geschicke „seines“ Betriebes mitlenken will. Die Bedeutung eines Unternehmens wird schon heute und erst recht in der Zukunft nicht mehr ausschließlich nach seinem materiellen Wert, sondern zu einem wesentlichen Teil auch nach seinem sozialen und humanitären Wert gemessen werden. Das bedeutet praktisch die Umstrukturierung der Unternehmensziele vom „Nur-Gewinn-Erzielen“ zur sozialen Aufgabe. Das Unternehmen der Zukunft wird sich als eine Einheit von Menschen zur Produktion von Leistungen mit stetig steigenden sozialen Funktionen verstehen. Die Produktivität wird immer stärker vom Grad der sozialen Eigenschaft des Unternehmens beeinflußt werden.

Diese soziale Eigenschaft wird gekennzeichnet durch Maßnahmen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung der Arbeitnehmer, durch Umschulungsmaßnahmen, soziale Lohnsysteme, Arbeitsbesprechungen, Demokratisierung der Betriebsführung u. a. Auch die Delegation von Befugnissen und die allgemeine Information über beabsichtigte Änderungen und Planungen gehören hierzu.

Diese Ausführungen gelten auch für die Personalpolitik der PTT, die sich an der Lösung der allgemeinen gesellschaftlichen Aufgabe, nämlich dem Streben nach einer besseren humanitären Welt, beteiligen.

Nach diesen beiden anregenden und wohl auch anstrengenden Vorträgen war die Mittagspause redlich verdient. Im Alexandersaal war zum Lunch gedeckt. Doch dessen Qualität und die neue räumliche Umgebung verhinderten nicht, daß noch eifrig Meinungen über die in den Vorträgen erörterten Themen sozusagen in einer Vordiskussion ausgetauscht wurden. Es blieb dann gerade noch etwas Zeit, sich beim Sonderpostamt einen schönen Sonderstempel und einige Sammlermarken zu beschaffen, ehe die Nachmittags-sitzung mit einem Vortrag des Herrn Professors C. A. van Peursen begann.

Professor van Peursen philosophierte packend und in allgemein gültiger Weise über die Überwindung von Zeiträumen, Distanzen und Gegensätzen. Sein Vortrag wurde mit Begeisterung aufgenommen und war sicher der Höhepunkt des ersten Kongreßtages. Zeiträume, Distanzen und Gegensätze, so führte Professor van Peursen aus, sind praktisch die trennenden Elemente der Welt. Der Mensch ist bestrebt, sie zu überwinden. Dabei bedient er sich der schnellen technischen Entwicklung. Es gilt jedoch, diese Entwicklung in der Hand zu behalten und weder rein technisch noch rein menschlich zu denken, sondern einen Mittelweg zu finden, der allen Belangen gerecht wird: Eine rein technisch geplante Entwicklung würde die noch vorhandene Verbindung zwischen dem Menschen und der Natur zerreißen und könnte dazu führen, daß der Mensch sein Gesicht verliert. Das darf ebenso wenig in Kauf genommen werden wie ein Zurückwerfen in die technische Rückständigkeit, das droht, wenn nur

menschlich geplant und gedacht wird. Es ist daher eine Kommunikation zwischen menschlichem und technischem Denken erforderlich. Auch das technische Denken muß ethisch fundiert sein. Im Zusammenhang mit der technischen Überwindung von Zeiträumen und Distanzen prägte Professor van Peursen den Begriff „Tele-Ethik“. Er hielt es für eine echte Aufgabe der PTT, diesen Begriff auch in ihren Bereichen zu entwickeln. Dann könne das Ziel, mit technischen Mitteln Distanzen aller Art zu überwinden, auch in menschlich befriedigender Form erreicht werden.

Die anschließende Diskussion bewies, in welchem Maße die Vorträge die Zuhörer gepackt und ihr großes Interesse gefunden hatten. Leider reichte die Zeit, obwohl gut bemessen, nicht aus, um alle Fragen und Themen ausdiskutieren. Gleichwohl ging man befriedigt auseinander, denn diese Vorträge hatten wohl jedem etwas gegeben.

Für den Abend hatten unsere holländischen Gastgeber einen Omnibusausflug zum Bowling Center in Noordwijk an der See vorbereitet. Bei Kegeln, fröhlicher Unterhaltung und kaltem Buffet wurde es ein gemütlicher „Kontakt-Abend“, ein rechter Ausgleich für den anstrengenden Arbeitstag.

Am nächsten Morgen führte uns der Bus in die Districtszentrale 2 Den Haag, ein neuzeitliches Fernmeldedienstgebäude, dessen großzügige Konferenzräume der FEFAS für den Rest des Kongresses zur Verfügung standen. In diesen Räumen hatte auch die schon erwähnte Tagung der CEPT stattgefunden.

Zur Eröffnung des zweiten Tages begrüßte Herr Staatssekretär Kreising von der niederländischen Postverwaltung die Kongreßteilnehmer. Er kam unmittelbar von einer Sitzung des Europarats in Straßburg, wo er am Vortage einen Vortrag über Möglichkeiten der Kommunikationserweiterungen gehalten hatte. Er flocht dieses Thema auch in seine Begrüßungsworte mit ein und wünschte der FEFAS für die Zukunft alles Gute.

Sodann eröffnete Herr J. M. van Oorschot die Reihe der für diesen Tag vorgesehenen Kurzvorträge über technische Themen. Er referierte über die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung. Dabei beleuchtete er drei Aspekte: Anwendungsmöglichkeiten der EDV; Geräte und Programme; Beziehungen des Menschen zur EDV. Im weiteren führte Herr van Oorschot aus, daß eine moderne Verwaltung wie die PTT ohne Automation nicht mehr auskomme und daß letztere ohne EDV heute nicht mehr denkbar sei. Die technische Entwicklung der Computer gehe immer weiter und mache die EDV für immer neue Aufgabengebiete geeignet. Die Kapazität der Geräte sei heute schon so groß, daß die Leistungen über das menschliche Vorstellungsvermögen hinausgingen. Ein gewisses Problem stelle die Aufbereitung des Materials dar. Sie verursache, da sie zu personalaufwendig sei, laufend höhere Kosten und zehre die Einsparungen, die dadurch entstehen, daß die Geräte immer perfekter und billiger werden, wieder auf.

Als nächster Vortragender sprach Herr A. M. Reitsema über Maschinen und Möglichkeiten für ihre Anwendung. Er wandte seine Aufmerksamkeit vor allem der betrieblichen Postautomation und hier wieder besonders der Briefverteilung im Ein- und Abgang zu. Besonders interessant waren seine Ausführungen über die Entwicklung eines optischen Ablesers, der,

wenn er einmal betriebsreif sein wird, das jetzige Kodieren der Briefsendungen überflüssig machen und zu einer wesentlichen Personal- und damit auch Kosteneinsparung führen wird.

Kommunikation zwischen Mensch und Maschine war das Thema des abschließenden Vortrages von Herrn A. A. Spanjersberg. Die Entwicklung unserer Gesellschaft bringe es mit sich, daß immer größere Mengen von Informationen in immer kürzerer Zeit bewältigt werden müssen. Dabei treten immer noch Teilaufgaben als Verzögerungsfaktoren auf, die der Computer nicht erledigen kann, die also dem Menschen verbleiben. Hierunter fallen vor allem Erkennungsaufgaben (Muster, Farben, Buchstaben, Zahlen). Ziel der technischen Forschung ist u. a., immer mehr der ursprünglich menschlichen Fähigkeiten auf die Maschine zu übertragen. Dabei werden manchmal alt-herkömmliche Dinge (z. B. Buchstaben, Zahlen, Formen) den Möglichkeiten der Maschine anzupassen und womöglich gar aufzugeben oder durch andere zu ersetzen sein. Hier besteht eine gewisse Gefahr, daß der Mensch sein Wesen oder Teile davon der Maschine opfert. Das muß durch stets Kommunikation zwischen Mensch und Maschine verhindert werden.

Nachdem noch etliche Fragen aus dem Zuhörerkreis durch die Vortragenden beantwortet worden waren, war das Ende des fachlichen Teiles dieses Tages erreicht. Eine Omnibusfahrt durch die schöne und beruhigende Wiesen-, Blumen- und Gartenlandschaft zum Amsterdamer Flughafen Schiphol brachte Entspannung und erste Erholung. In Schiphol trafen wir wieder mit den Damen der Kongreßteilnehmer zusammen, die im Rahmen eines Sonderprogrammes während des Vormittags der 700jährigen Stadt Gouda einen Besuch abgestattet und dort u. a. das Pfeifenmuseum, das Rathaus und die wegen ihrer Glasmalereien berühmte St. Janskerke besichtigt hatten. Die Gesellschaft teilte sich nun wieder. Eine Gruppe fuhr zu einer Grachtenfahrt und zum Besuch des Rijksmuseums (klassische Malerei) nach Amsterdam hinein; die andere verblieb im Flughafen und hatte hier ein Erlebnis besonderer Art. Durch Entgegenkommen des Ministeriums für Transport und Wasserwirtschaft und der KLM wurde es uns ermöglicht, bei einem Rundflug über das südwestliche Holland einen Eindruck von dem zur Zeit wohl gewaltigsten nationalen Vorhaben der Niederlande, nämlich dem „Delta-Projekt“ zu gewinnen. Der Delta-Plan entstand, als im Februar 1953 eine Sturmflut in Südwestholland 1850 Todesopfer forderte und weite Teile des Landes verwüstete und durch Salzwasser verdarb. Durch ein großzügiges System von Dämmen, Deichen und Schleusen sollen die Mündungsarme des Lek, des Wal und der Maas sowie die Oosterschelde vom Meer abgetrennt und riesige Süßwasserreservoirs werden. Etliche Teile des Projektes sind schon ausgeführt; ein zeitliches Ende ist jedoch noch nicht festgesetzt. Am Ende des Planes wird das Land sicher vor dem Meere und von der Salzwassernot befreit sein; hinzu kommt der Gewinn neuer nutzbarer Landflächen. Das alles soll diesen bisher unterentwickelten und unterdurchschnittlich besiedelten Landstrich einer wirtschaftlichen Blüte entgegenführen.

Der Flug in nur 400 m Höhe vermittelte bleibende Eindrücke von der Riesenhaftigkeit dieses Projektes, dessen Planung und Durchführung Mut und Ausdauer vom ganzen holländischen Volk fordern und diesem sicher allseits Hochachtung zuteil werden lassen.

Dieser so inhaltsreiche Tag brachte noch einen Höhepunkt, diesmal gesellschaftlicher Art. Der Generaldirektor der PTT der Niederlande Herr Leenman und Gattin luden die Delegierten und Gäste des Kongresses zu einem Diner in das renommierte Hotel des Indes in Den Haag. Der vorhergehende Empfang gab jedem Gelegenheit, sich beim Gastgeber für die genossene herzliche Aufnahme und für die überall spürbare Fürsorge zu bedanken. Der Abend selbst verlief in eindrucksvollem Rahmen, und die Tischreden bestätigten noch einmal den bei allen Teilnehmern vorhandenen Willen zu harmonischer und tatkräftiger Zusammenarbeit.

Am 30. September, morgens, versammelten sich die Delegierten des Kongresses wieder in der Districtszentrale 2 Den Haag zur eigentlichen satzungsgemäßen Arbeitstagung. Der Bericht des Präsidenten der FEFAS, Herrn Dr. van der Goes, über die Tätigkeit des Präsidiums in den vergangenen zwei Jahren ließ hauptsächlich die Bemühungen um die Erweiterung der FEFAS erkennen. Dr. van der Goes gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß auf diesem Kongreß erstmals auch die belgischen höheren Postbeamten vertreten seien. Die ersten Kontakte mit den Verbänden der höheren Postbeamten in Österreich, der Schweiz, Großbritannien und Irland hätten leider noch keinen sichtbaren Erfolg gebracht. Die Bemühungen, sie ebenfalls für die FEFAS zu gewinnen, würden fortgesetzt werden.

Herr Dr. Kessler berichtete über die Arbeit des Kontaktausschusses. Um die Meinungen und Einstellungen der Mitglieder zu erfahren, wurde eine Fragebogenaktion veranstaltet. Die Auswertung sei zwar noch nicht abgeschlossen, doch sei schon jetzt eine Reihe von Erwartungen erkennbar, die von den Mitgliedern gehegt werden. Die FEFAS soll nach dem Wunsch ihrer Mitglieder in erster Linie Berufsvertretung sein. Gewisse politische Aufgaben (in erster Linie Vertretung und Förderung des europäischen Gedankens) werden ihr zuerkannt. Die Erwartungen erstrecken sich in erster Linie auf berufliche Aktivitäten, z. B. beträchtliche Erweiterung des internationalen Austausches von Beamten, Veranstaltung von Studientagen und Studienreisen, Schaffung von gemeinsamen europäischen postalischen Einrichtungen (z. B. Forschungszentren, Beschaffungswesen) sowie der Förderung der persönlichen Kontakte (z. vgl. Jume-lage). Die bisher vom Kontaktausschuß organisierten Studienreisen trugen zur Bildung von neuen persönlichen Kontakten zwischen FEFAS-Mitgliedern verschiedener Verbände nur wenig bei, weil außerdeutsche Mitglieder nur in geringer Zahl an ihnen teilnahmen.

Nach lebhafter Diskussion wurde Herr Dr. Kessler vom Kongreß gebeten, mit der Arbeit im Kontaktausschuß fortzufahren.

Herr J. Luciani, Paris, berichtete sodann über die Arbeit des Strukturausschusses. Er mußte sich im wesentlichen auf die Darstellung der Arbeitsziele beschränken, da die noch zögernde oder auch unzureichende Zuarbeit seitens der nationalen Verbände noch keine brauchbaren Unterlagen für die Erledigung des Arbeitsauftrages des Ausschusses geliefert habe.

Dieser Mangel wurde vom Kongreß kritisiert und Herr Luciani gebeten, die Arbeiten mit Nachdruck fortzusetzen.

Der Kassen- und Wirtschaftsbericht lag dem Kongreß schriftlich vor. Er wurde, nach kurzer Erläuterung durch den Generalsekretär Herrn Pijnenburg, gebilligt. Nach dem der Vorstand wegen der zu erwartenden Vermehrung der Arbeiten um ein niederländisches Mitglied erweitert und die Satzung entsprechend geändert worden war, wurde der gesamte Vorstand einstimmig entlastet und für die nächsten zwei Jahre in seinem Amt bestätigt.

Mit der Durchführung des nächsten Kongresses der FEFAS im Jahre 1974 wurde die Vereinigung der höheren Postbeamten der Bundesrepublik Deutschland beauftragt. Ort und Thema dieses Kongresses werden noch festgesetzt werden.

Die Bemühungen des Kongresses, die Bedeutung der FEFAS zu erhöhen und ihre Aktivität zu steigern, fanden ihren Niederschlag in einem Beschluß, mit dem der Vorstand beauftragt wird,

1. seine Bemühungen um die Vergrößerung der FEFAS fortzusetzen;
2. notwendige Strukturvergleiche aufzustellen (berufspolitisches Bild, Ausbildung, Fortbildung, Be-soldung usw.);
3. die nationalen Vereinigungen befristet aufzu-fordern, dem Vorstand die von der FEFAS in fachlicher und personalpolitischer Hinsicht zu behandelnden Probleme zu unterbreiten, die ein-gegangenen Vorschläge zu sichern, Prioritäten zu setzen, den einzelnen nationalen Vereinigungen befristete Arbeitsaufträge zu erteilen und schließ-lich die Arbeitsergebnisse den nationalen Ver-einigungen zur Stellungnahme zuzuleiten. Im wesentlichen soll es sich bei allem um Probleme handeln, die den höheren Dienst berühren;
4. künftig der Information durch Rundschreiben besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Damit war das Arbeitsprogramm des Kongresses erledigt. Herr Dr. van der Goes gab noch ein Resümee der drei Tage, die in Harmonie und Freundschaft verlaufen seien. Er dankte allen Kongreßteilnehmern für ihre Mitarbeit und vor allem dem holländischen Verband für die organisatorischen Leistungen, die den Kongreß reibungslos ablaufen ließen. Mit der Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit schloß er den Kongreß und wünschte den Teilnehmern eine gute Heimreise. Bevor man auseinanderging, bedankte Herr Debrenne sich zugleich namens aller Kongreßteilnehmer beim Vorstand und beim holländischen Verband für diese Tage in den Niederlanden, die sicher einen neuen Höhepunkt im Bestehen der FEFAS darstellen und ihre Arbeit beleben werden.

Der Abschied war herzlich. Er zeigte, daß man sich in diesen Tagen nähergekommen war. Die Freude darauf, sich in zwei Jahren in Deutschland wieder-zusehen, war ehrlich. Ob wir die Erwartungen für 1974 erfüllen können werden? In Anbetracht der Tatsache, daß unsere Delegation einschließlich der Gäste die kleinste aller teilnehmenden Länder war, obwohl unsere Vereinigung die meisten Mitglieder hat, lassen sich Sorgen nicht ganz unterdrücken. Nur kurz wird die Pause sein, die bis zum Beginn der Vorbereitungen für den Kongreß 1974 eingelegt werden darf. Und viele Helfer werden benötigt werden.

Flugreise nach Südamerika vom 13. Oktober bis 4. November 1973

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Reihe unserer Fernreisen wird mit einer Flugreise nach Südamerika fortgesetzt. Selbstverständlich sind dazu alle Mitglieder unserer Vereinigung (also nicht nur die der FEFAS-PTT) sowie deren Verwandte und Freunde eingeladen.

Route A: Dabei ist ärztliche Beratung erforderlich wegen folgender Höhenlagen: La Paz: 3800 m, Cuzco: 3400 m, Quito: 2800 m.

Tagesflug nach *Rio de Janeiro*: 4 Tage Aufenthalt in der schönstgelegenen Stadt: Corcovado, Zuckerhut, Bootsrundfahrt in der Bucht, Baden in Copacabana.

Iguassu: Die berühmten Wasserfälle im Dschungel auf der Grenze von Brasilien, Argentinien und Paraguay.

La Paz: Ausflug zu den Inka-Ruinen von Tiahuanaco und zum Titicacasee.

Lima-Cuzco: Besuch der erst 1911 entdeckten weltberühmten Inka-Ruinen von Machu Picchu.

Quito: Ausflug nach der „Avenida de los Volcanos“ (Chimborasso-Cotopaxi) und in den Dschungel des oberen Amazonas

Caracas: Ausflug nach Canaima in den Llanos des Orinoco (Conan Doyle's Lost World)

Guadeloupe: 3 Tage Ausklang mit Baden in der Karibik. Rückflug nach Deutschland.

Route B: Dabei werden keine hochgelegenen Orte berührt:

Rio de Janeiro – Iguassu: Wie Route A.

Buenos Aires – Santiago de Chile: Ausflug nach Valparaiso.

Lima: Besuch der Inka-Ruinen nahe Lima, Ausflug nach *Iguitos* im Dschungel des Amazonas.

Caracas – Guadeloupe: Wie Route A.

In allen Orten werden auf beiden Routen Stadtrundfahrten mit Führer veranstaltet. Alle Flüge werden mit Linienmaschinen ausgeführt.

Kosten der Reise auf au pair-Basis:

Route A: Ca. 3500 DM.

Route B: Ca. 3600 DM.

Für alle Flüge von Deutschland bis Deutschland (Hamburg oder Frankfurt), Transfers, Rundfahrten, Unterkunft in Doppelzimmern mit Bad in erstklassigen Hotels mit Halbpension, Trinkgelder, Gepäckversicherung. Der Einzelzimmerzuschlag wird noch bekanntgegeben. Nichtverbrauchte Beträge werden anteilig zurückerstattet. Die Reise wird auf privater Basis, d. h. ohne Reisebüro organisiert. Deutsche Vertretungen in Südamerika sind dabei dankenswerterweise behilflich. Änderungen bleiben für beide Routen vorbehalten, werden aber spätestens im März 1973 bekanntgegeben.

Anmeldungen werden umgehend erbeten. Monatliche Anzahlungen auf den Teilnehmerpreis von 350 DM je Teilnehmer werden ab 1. Januar 1973 auf das Postscheckkonto Dr. Karl Kessler, Hmb 305 58, erbeten. Abweichende Vereinbarungen sind möglich. Rücktritt ohne Unkosten ist bei zwingenden Gründen möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kessler

Gesichtspunkte für eine zukunftsorientierte Besoldungspolitik

im Zusammenhang mit einer neuen Standortbestimmung des öffentlichen Dienstes
in Staat und Gesellschaft

Von Dipl.-Ing. Liebe, Frankfurt

In den folgenden Ausführungen wird der Versuch unternommen, das Besoldungsproblem der Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf eine stärker objektivierbare Grundlage zurückzuführen und aus einer Sicht zu beleuchten, die nach Meinung und Kenntnis des Verfassers bisher zu kurz gekommen ist. Die Konturen sind bewußt und vorsätzlich scharf – vielleicht sogar überspitzt – gezeichnet worden, um einmal bei der gewählten Kürze den Kern der Gedankengänge deutlich hervortreten zu lassen, zum anderen eine Diskussion auf möglichst breiter Basis innerhalb des Kollegenkreises allgemein wie im Kreis der für die Besoldungspolitik und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Beamten im besonderen zu provozieren.

Für die optimale Aufgabenerfüllung in der Zukunft ist es entscheidend wichtig, das jetzt unterentwickelte Selbstbewußtsein der Beamten anzuheben. Als unabdingbare Voraussetzung hierzu ist es vor allem notwendig, das im Bewußtsein der Öffentlichkeit wie der Beamten selbst verankerte Bild vom aktiven, wirtschaftlich handelnden Unternehmer einerseits und dem trägen, Steuergelder verschwendenden

Beamten andererseits grundlegend zu revidieren. Erleichtert werden sollte diese Bewußtseinswandlung durch die bereits – allerdings sehr zögernd – eingeleitete „Entmythologisierung“ des Unternehmers und der sogenannten „freien Wirtschaft“ nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in Gesetzgebung und Rechtsprechung. Diese Entwicklung muß begleitet werden von einer Aufwertung der öffentlichen Verwaltungen aufgrund des immer offenkundiger werdenden Funktionsmechanismus der privaten Unternehmen, der mit dem bekannten Schlagwort „Gewinne werden privatisiert – Belastungen sozialisiert“ umschrieben werden kann. Denn worauf beruht die vielgerühmte Leistungsfähigkeit der Industrie – hauptsächlich auf dem Konsumgütersektor – in weiten Bereichen? Doch darauf, daß zum Zwecke der privaten Gewinnmaximierung in vielen Fällen fragwürdige, von der Industrie selbst „produzierte“, häufig lediglich dem Luxus und Spieltrieb dienende Bedürfnisse befriedigt und die nur ihre eigene Ökonomie berücksichtigenden Unternehmer auch noch durch Investitionshilfen, Steuervergünstigungen, Subventionen, Standortvorteile (billige Grundstücke), Tole-

rierung illegaler Preisabsprachen und durch die Rechtsprechung begünstigt werden, während die mit der Produktion und den Produkten zusammenhängenden Umweltbelastungen – einschließlich Infrastrukturmaßnahmen als Vorleistungen für jede Produktion – der Allgemeinheit aufgebürdet werden und von der öffentlichen Hand mit oft völlig unzulänglichen Mitteln mehr oder weniger wirksam kompensiert werden müssen.

Diese Betrachtungsweise sollte deutlich machen, nach welchen Gesichtspunkten die Tätigkeitsbewertung sowie – damit zusammenhängend – ideelle Anerkennung und Besoldung der Beamten im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft erfolgen müßten. Ein Vorstandsmitglied beispielsweise, dessen Tätigkeit sich darin erschöpft, den Umsatz seiner Firma durch immer höheren Ausstoß umweltbelastender und programmiertem Verschleiß unterworfenen Produkte anzuheben, weist eine volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch geringerwertige – eigentlich sogar negative – Leistung auf als ein Beamter, der im Bereich der dem Allgemeinwohl dienenden Daseinsvorsorge etwa eine Kläranlage plant oder eine optimale Konzeption für den öffentlichen Nahverkehr entwickelt. Die Bewertung einer Tätigkeit dürfte sich also künftig nicht mehr allein nach dem betriebswirtschaftlichen Nutzen für das eigene Unternehmen richten, sondern sollte sich auch am volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Nutzen orientieren. Eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, der sich alle Bereiche der Wirtschaft zu unterziehen hätten und die sämtliche bezifferbaren und zahlenmäßig nicht erfaßbaren Einflußgrößen enthalten müßte, würde mit Sicherheit zeigen, daß die öffentlichen Unternehmen – wie Bundesbahn, Bundespost, städtische Verkehrsbetriebe u. a. – gar nicht defizitär sind, dagegen andere, bisher unbestrittene Bereiche, wie der von der Öffentlichkeit geforderte überdimensionale Straßenbau und zahlreiche Produktionszweige, unter diesem Aspekt als volkswirtschaftlicher Leerlauf einzustufen wären. Die gerade von öffent-

lichen Unternehmen anzustrebende Hebung der „allgemeinen Lebensqualität“ beinhaltet jedenfalls nicht die Tolerierung schrankenloser Produktions- und Konsumbedürfnisse, die in den Augen der Öffentlichkeit bis jetzt noch einen höheren Stellenwert einnehmen als die im Bereich der Daseinsvorsorge erbrachten Leistungen der öffentlichen Hand. Wenn es gelänge, diese Gedankengänge und Rechnungsergebnisse einmal Allgemeingut der Öffentlichkeit werden zu lassen, wäre die Gesellschaft bestimmt bereit, hieraus die Konsequenzen zu ziehen und die Tätigkeit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes mehr als bisher anzuerkennen, zu würdigen, materiell entsprechend zu honorieren und selbstverständlich die Mittel für alle erforderlichen Sachinvestitionen bereitzustellen.

Da nicht erwartet werden kann, daß die Angehörigen der öffentlichen Verwaltungen in dem deprimierenden Bewußtsein, ständig als „Defiziterzeuger“ eingestuft zu werden, die für die Entwicklung einer humanen Gesellschaft notwendigen Höchstleistungen vollbringen, ist es an der Zeit, daß die politischen Spitzen der Verwaltungen im Interesse ihres eigenen Ansehens und ihrer Leistungsfähigkeit wie im Interesse des Selbstwertgefühls ihrer Angehörigen endlich und mindestens den Verunglimpfungen entgegentreten, denen Beamte und Verwaltungen im Zusammenhang mit Besoldungsforderungen in den der gewerblichen Wirtschaft nahestehenden Presseerzeugnissen regelmäßig ausgesetzt sind. Eine künftig sogar höhere Bewertung der staatlichen Tätigkeit gegenüber Tätigkeiten im Produktionsbereich müßte hingenommen werden, da sie lediglich Ausdruck wäre der vielfach prognostizierten Umwandlung der Produktionsgesellschaft in eine nachindustrielle Dienstleistungsgesellschaft, in der durch eine solche Höherbewertung gerade die begabtesten, aktivsten, ökologisch geschulten, geistig unabhängigsten und dem Gesamtwohl sich verpflichtet fühlenden Kräfte der Gesellschaft als Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst gewonnen werden sollten.

Personalveränderungen

Amtsblattauszüge, bearbeitet von Dr. Wilhelm Fenge

Die nicht mehr im Dienste stehenden Mitglieder unserer Vereinigung beklagen sich darüber, daß sie nichts mehr erfahren von den Veränderungen im höheren Dienst. Das „Verzeichnis der höheren Beamten der Deutschen Bundespost“ erscheint nur alle paar Jahre, die „Telepost“ berichtet nur über Veränderungen in den höchsten Stellen. Um dem Wunsche zu entsprechen, hat die „Vereinigung der höheren Postbeamten“ mich als Beisitzer im Hauptvorstand und als Leiter der Gruppe Ruhestandsbeamte beauftragt, aus dem Amtsblatt des BPM in unserem Nachrichtenblatt das zu bringen, was für alle Ruheständler wichtig erscheint. Das ist ein weites Feld. Ich werde mich bemühen, den richtigen Weg zu finden, bitte aber darum, mir Wünsche und Ergänzungen mitzuteilen (Anschrift: 3582 Felsberg, Pankratiusstraße 1, Fernruf (0 56 62) 26 65).

Ernennungen:

zum APr die OPDir Dipl.-Ing. Rolf *Stingel* in Darmstadt, FTZ, Dipl.-Ing. Karl-Heinrich *Strauß* in Freiburg im Breisgau, OPD;

zum Ltd OPDir der OPDir Dipl.-Ing. Hans *Lindner* in Nürnberg, OPD.

Versetzung:

Ltd OPDir Helmut *Oppermann* von Dieburg, FH der DBP, nach Münster (Westf.) OPD, unter Umbenennung zum APr.

Entlassung:

OPR Dr. Wilhelm *Vorndran* in Erlangen (Staatssekretär im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung Bayern).

Sterbefall:

OPDir a. D. Dipl.-Ing. Erich *Scharf* in Hannover-Kirchrode.